

Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG

Düsseldorf, Bundesrepublik Deutschland

Unternehmensbericht

für die Zulassung zum Börsenhandel im Geregeltten Markt

der

EUR 80.000.000,--

APO-Bank-Genuss-Scheine Tranche XVI/04

von 2004/2014

Wertpapier-Kenn-Nummer 803 880

(ISIN DE0008038803)

**an der
Börse Düsseldorf**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Angaben	Seite 3
Genuss-Schein-Bedingungen	Seite 6
Unternehmensbeschreibung	Seite 9
Lagebericht 2003	Seite 13
Bericht des Aufsichtsrats	Seite 66
Jahresabschluss 2003	Seite 69
Kurzbilanz zum 31.12.2004	Seite 84
Geschäftsgang und Aussichten	Seite 85

Allgemeine Angaben

Verantwortung

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf (nachstehend auch „Bank“ genannt) übernimmt gem. § 44 BörsG die Verantwortung für den Inhalt dieses Unternehmensberichts und gemäß § 80 BörsO der Börse Düsseldorf in Verbindung mit § 3 Verkaufsprospektverordnung, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Unternehmensbericht richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

Einsichtnahme in Unterlagen

Die in diesem Unternehmensbericht genannten und verwendeten Unterlagen können während der üblichen Geschäftszeiten bei der Bank, Abteilung Treasury/Liquiditätssteuerung, Richard-Oskar-Mattern-Str. 6, 40547 Düsseldorf eingesehen werden.

Begebung

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf, hat auf der Sitzung ihres Vorstandes vom 27.01.2004 die Begebung der EUR 80.000.000 APO-Bank-Genuss-Scheine Tranche XVI/04 von 2004/2014 beschlossen. Die Platzierung erfolgt im freien Verkauf ausschließlich an Privatkunden zum Kurs von 100,00 %.

Lieferung der Genuss-Scheine

Die Genuss-Scheine sind für ihre gesamte Laufzeit in einem Global-Inhaber-Genuss-Schein verbrieft, der bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt, hinterlegt ist. Alle Rechte an dieser Globalurkunde können im Rahmen des Effektengiroverkehrs in durch EUR 100,-- teilbaren Beträge übertragen werden. Die Ausgabe von Einzelurkunden ist ausgeschlossen.

Verkaufsbeschränkungen

Die Bank wird alle anwendbaren Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen in jedem Rechtsgebiet beachten, in dem sie die Genuss-Scheine anbietet oder verkauft, und wird die Genuss-Scheine, direkt oder indirekt, in einem Land oder einem Rechtsgebiet unter Beachtung aller anwendbaren Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen anbieten oder verkaufen.

Die Genuss-Scheine sind und werden nicht unter dem U.S. Securities Act von 1933 registriert. Vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen dürfen die Genuss-Scheine in den Vereinigten Staaten von Amerika oder an deren Staatsangehörige weder angeboten noch verkauft werden.

Die Bank verpflichtet sich zur Einhaltung aller anwendbaren Bestimmungen des Financial Services Act von 1986 des United Kingdom in Bezug auf Handlungen, die sie in oder aus dem United Kingdom oder in sonstiger Weise in Zusammenhang mit den Genuss-Scheinen vornimmt.

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Ausschüttung erfolgt unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer und ohne Körperschaftsteuergutschrift. Des Weiteren ist vom Käufer eine Versteuerung gemäß aktueller Steuergesetzgebung vorzunehmen.

Börseneinführung

Die Genuss-Scheine sind per 06.04.2005 zum Börsenhandel im Regierten Markt an der Börse Düsseldorf zugelassen worden.

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Emittentin, die die Genuss-Scheine betreffen, erfolgen durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger und in einem überregionalen Börsenpflichtblatt der Börse Düsseldorf.

Verwendung des Emissionserlöses

Der Netto-Emissionserlös in Höhe von 80 Mio. EUR dient der Bank zur Finanzierung ihrer geschäftlichen Aktivitäten.

Währung

Soweit nicht anderweitig angegeben oder es der Zusammenhang anderweitig erfordert, sind alle Bezugnahmen auf „EURO“ und „EUR“ solche auf die gesetzliche Währung der Bundesrepublik Deutschland.

Hinweis gemäß § 23a KWG

Die Bank ist der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank ist Mitglied beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) und gehört damit der beim BVR bestehenden Sicherungseinrichtung mit Garantiefonds und Garantieverbund an.

Die Sicherungseinrichtung hat die Aufgabe, drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten der Mitgliedsbanken abzuwenden oder zu beheben (Institutsschutz) und Beeinträchtigungen des Vertrauens in die genossenschaftlichen Banken zu verhüten.

Zur Durchführung der vorgenannten Aufgabe sind insbesondere Maßnahmen zur Abwendung von Fehlentwicklungen bei Banken, Sanierungsmaßnahmen zu Gunsten von Banken sowie die Übernahme von Verpflichtungen zur Vermeidung bankaufsichtsrechtlicher Maßnahmen gegenüber Banken zulässig.

Geschützt werden stets die Einlagen der Kunden bei den Mitgliedsbanken und die Schuldverschreibungen der Mitgliedsbanken im Besitz von Kunden. Einlagen der Kunden sind im wesentlichen Spareinlagen, Sparbriefe, Termineinlagen, Sichteinlagen. Geschützt werden auch Mittel, die Banken von Kreditinstituten außerhalb des genossenschaftlichen Verbundes für öffentlich geförderte Zwecke (z. B. von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Deutschen Ausgleichsbank usw.) zur Verfügung gestellt werden.

Details zur Sicherungseinrichtung sowie zu den Verfahrensregeln sind im Statut der Sicherungseinrichtung enthalten sowie auf den Internetseiten des BVRs abrufbar.

Wertpapier-Kenn-Nummer

803 880 (ISIN DE0008038803)

Ausgabekurs

100,00 %

APO-Bank Genuss-Schein
Tranche XVI/2004
– 80.000.000,--
Wertpapier-Kenn-Nummer 803 880

§ 1

Form und Nennbetrag

(1) Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG (nachstehend „Bank“ genannt), begibt Genuss-Scheine (Tranche XVI/2004) im Gesamtnennbetrag von € 80.000.000,-- (nachstehend „Genuss-Scheine“ genannt).

(2) Die Genuss-Scheine lauten auf den Inhaber. Der Gesamtnennbetrag ist eingeteilt in 800.000 untereinander gleichberechtigte Genuss-Scheine im Nennbetrag von jeweils € 100,--.

(3) Die Genuss-Scheine sind in einem Global-Inhaber-Genuss-Schein verbrieft, der bei der Clearstream Banking AG, hinterlegt ist. Anteile an diesen Globalurkunden können in durch € 100,- teilbaren Beträgen übertragen werden. Die Ausgabe von Einzelurkunden ist ausgeschlossen.

§ 2

Ausschüttung

(1) Jeder Genuss-Schein verbrieft den Anspruch auf eine jährliche Ausschüttung von 5,50 % des Nennbetrages der Genuss-Scheine. Die Ausschüttung auf die Genuss-Scheine ist dadurch begrenzt, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Sofern sich durch diese Begrenzung die Ausschüttung vermindert, erfolgt die verminderte Ausschüttung auf diese und früher begebene Genuss-Scheine - unabhängig davon, ob deren Bedingungen eine Nachzahlungspflicht vorsehen oder nicht, und unabhängig davon, ob aufgrund früherer verminderter Ausschüttungen auf Genuss-Scheine fehlende Beträge bestehen - im Verhältnis der jeweiligen Ausschüttungsansprüche zueinander. Dies gilt auch im Verhältnis zu künftig begebenen Genuss-Scheinen, wenn deren Bedingungen eine entsprechende Regelung vorsehen.

(2) Kann aufgrund dieser Begrenzung die zugesagte Ausschüttung ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, so ist der fehlende Betrag in den folgenden Geschäftsjahren nachzuzahlen, wobei zunächst die Rückstände, sodann die letztfälligen Ausschüttungsansprüche zu befriedigen sind. Diese Nachzahlungspflicht besteht nur während der Laufzeit der Genuss-Scheine.

(3) Die Genuss-Scheine sind vom 01. Dezember 2004 an ausschüttungsberechtigt, d.h. für das Kalenderjahr 2004 zu 31/365.

(4) Die Ausschüttung für das abgelaufene Geschäftsjahr ist jeweils nachträglich am 1. Juli des folgenden Jahres fällig. Sofern zu diesem Termin die Vertreterversammlung der Bank noch nicht über den Jahresabschluss des abgelaufenen Geschäftsjahres Beschluss gefasst hat, wird die Ausschüttung am 1. Bankarbeitstag nach solchem Beschluss der Vertreterversammlung fällig.

(5) Die Ausschüttung wird nach den jeweils zum Ausschüttungszeitpunkt geltenden gesetzlichen Bestimmungen ausgezahlt. Eine Körperschaftsteuergutschrift ist mit der Ausschüttung nicht verbunden. Sollte eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland jedweder Art erlassen, geändert oder anders als bisher angewendet werden mit der Folge, dass dies bei der Bank zu einer Steuerbelastung der Ausschüttungen auf die Genuss-Scheine mit Gewerbeertrag- oder Körperschaftsteuer führt, ist die Bank berechtigt, diese Bedingungen hinsichtlich der Bemessung der Ausschüttungen durch eine einseitige Willenserklärung nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) an die veränderten Umstände anzupassen. Diese Änderung wird gemäß § 11 bekanntgemacht.

§ 3

Rechte aus den Genuss-Scheinen

Aus den Genuss-Scheinen können Gläubigerrechte, jedoch keine Mitgliedsrechte hergeleitet werden, insbesondere kein Teilnahme- und kein Stimmrecht in den Vertreterversammlungen sowie kein Bezugsrecht auf neue Genuss-Scheine. Genuss-Scheine begründen keinen Anspruch auf Beteiligung am Liquidationserlös der Bank im Falle ihrer Auflösung.

§ 4

Begebung weiterer Genuss-Scheine

- (1) Die Bank behält sich vor, weitere Genuss-Scheine zu gleichen oder anderen Bedingungen, insbesondere auch mit einer anderen Ausschüttung, auszugeben.
- (2) Die Bank behält sich insbesondere vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Genuss-Scheininhaber weitere Genuss-Scheine mit gleicher Ausstattung zu begeben in der Weise, dass sie mit den Genuss-Scheinen der Tranche XVI/2004 zusammengefasst werden, eine einheitliche Genuss-Scheinemission mit ihnen bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Genuss-Scheine“ umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Genuss-Scheine.
- (3) Die Genuss-Scheininhaber haben keinen Anspruch darauf, dass ihre Ausschüttungsansprüche vorrangig vor den Ausschüttungsansprüchen bedient werden, die auf weitere Genuss-Scheine entfallen. Die Ausschüttung auf schon begebene und weitere Genuss-Scheine darf nicht vorrangig bedient werden.

§ 5

Bestand der Genuss-Scheine

Der Bestand der Genuss-Scheine und der Inhalt der darin verbrieften Rechte wird vorbehaltlich § 7 weder durch Verschmelzung, Rechtsformänderung oder Umwandlung der Bank noch durch eine Veränderung ihres Eigenkapitals berührt.

§ 6

Rückzahlung, Kündigung

- (1) Die Laufzeit der Genuss-Scheine ist auf das Ende des Geschäftsjahres 2014 befristet. Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust gemäß § 7 werden die Genuss-Scheine zum Nennbetrag zurückgezahlt. § 2 Abs.4 gilt entsprechend. Der zurückzuzahlende Betrag wird vom Ende der Laufzeit der Genuss-Scheine an bis zur Fälligkeit entsprechend der Höhe der Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2014 verzinst; die Zinsen sind zum Rückzahlungstermin der Genuss-Scheine fällig.
- (2) Die Bank kann Genuss-Scheine unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens 24 Monaten jeweils zum Ende des Geschäftsjahres - frühestens zum Ende des Geschäftsjahres 2009 - durch Bekanntmachung gemäß § 11 kündigen.
- (3) Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust erhalten die Genuss-Scheininhaber im Falle der Kündigung eine Rückzahlung auf ihre Genuss-Scheine in der Höhe des Buchwertes des ausgegebenen Genussrechtskapitals, jedoch nicht mehr als den Nennbetrag ihrer Genuss-Scheine. Ausschlaggebend für den Buchwert ist die Bilanz am Ende des Geschäftsjahres, zu dem die Kündigung wirksam wird.
- (4) Die gekündigten Genuss-Scheine verbrieften bis zum Wirksamwerden der Kündigung ihre vollen Rechte. § 2 Abs. 4 und § 6 Abs.1 Satz 4 gelten sinngemäß.
- (5) Die Genuss-Scheininhaber können ihre Genuss-Scheine nicht kündigen.

§ 7

Verlustteilnahme/Wiedererhöhung der Rückzahlungsansprüche

- (1) Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so vermindert sich der Rückzahlungsanspruch jedes Genuss-Scheininhabers gegebenenfalls bis zur vollen Höhe. Die Verminderung erfolgt in demselben Verhältnis, in dem das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital (einschließlich Genuss-Scheinkapital, jedoch ohne nachrangige Verbindlichkeiten) durch die Tilgung des Bilanzverlustes gemindert würde.
- (2) Werden nach einer Teilnahme des Genuss-Scheininhabers am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren während der Laufzeit der Genuss-Scheine Jahresüberschüsse nach Ausgleich etwaiger Verlustvorträge erzielt, so sind aus diesen - nach der vorgeschriebenen Wiederauffüllung der gesetzlichen Rücklagen - die Rückzahlungsansprüche bis zum Nennbetrag der Genuss-Scheine zu erhöhen, bevor eine anderweitige Verwendung der Jahresüberschüsse vorgenommen wird. Die Wiedererhöhung erfolgt in dem Verhältnis, in dem das gesamte Genuss-Scheinkapital im Verhältnis zu den Rücklagen an der Verlustdeckung teilgenommen hat. Reicht der Gewinn zur Wiederauffüllung der Rückzahlungsansprüche dieser, bisher begebenen und künftig zu begebender Genuss-Scheine nicht aus - sofern deren Bedingungen einen entsprechenden Wiederauffüllungsanspruch vorsehen - so wird die Wiederauffüllung des Kapitals dieser Genuss-Scheine anteilig im Verhältnis seines jeweiligen Gesamtnennbetrages zum jeweiligen Gesamtnennbetrag bisher begebener und künftig zu begebender Genuss-Scheine vorgenommen.

§ 8

Nachrangigkeit

Die Forderungen aus den Genuss-Scheinen gehen den Forderungen aller anderen Gläubiger der Bank, die nicht ebenfalls nachrangig sind, im Range nach. Im Falle des Vergleichs, des Konkurses oder der Liquidation der Bank werden die Genuss-Scheine gemäß § 10 Absatz 5 KWG erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger und vorrangig vor den Mitgliedern bedient; die Genuss-Scheine gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

§ 9

Hinweis gemäß § 10 Absatz (5) Satz 4 des Kreditwesengesetzes

Nachträglich können die Teilnahme am Verlust nicht geändert, der Nachrang der Genuss-Scheine nicht beschränkt sowie die Regelungen über Laufzeit und Kündigungsfrist nicht verändert werden; eine vorzeitige Rückzahlung, gleich aus welchem Grunde sie erfolgt ist, ist der Bank ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist.

§ 10

Zahlungen

Sämtliche Zahlungen aus den Genuss-Scheinen werden von der Bank an die Clearstream Banking Aktiengesellschaft zwecks Weiterleitung an die Genuss-Scheininhaber in derjenigen Währung geleistet, die zur Zeit der Zahlung gesetzliches Zahlungsmittel der Bundesrepublik Deutschland ist.

§ 11

Bekanntmachungen

- (1) Bekanntmachungen der Bank, die Genuss-Scheine betreffen, erfolgen im Bundesanzeiger und in je einem Pflichtblatt derjenigen deutschen Börsen, an denen die Genuss-Scheine zum Börsenhandel im Regierten Markt zugelassen sind.
- (2) Zur rechtlichen Wirksamkeit genügt die ordnungs- und fristgemäße Veröffentlichung im Bundesanzeiger. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Genuss-Scheininhaber bedarf es nicht.

§ 12

Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand

- (1) Diese Genuss-Scheinbedingungen sowie alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Erfüllungsort ist Düsseldorf.
- (3) Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus den in diesen Genuss-Scheinbedingungen geregelten Angelegenheiten ist Düsseldorf für Vollkaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts, öffentlich-rechtliche Sondervermögen und Personen ohne allgemeinen Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland.

§ 13

Teilnichtigkeit

Sollten Bestimmungen dieser Genuss-Scheinbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen gilt eine solche Regelung als vereinbart, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen in rechtlich zulässiger Weise am nächsten kommt.

Düsseldorf, im September 2004

Deutsche Apotheker- und Ärztebank

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf, ist mit ihren insgesamt 46 Geschäftsstellen und mehreren Beratungsstellen in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland präsent. Mit einer Bilanzsumme von mehr als 27,4 Milliarden Euro (Dezember 2004) steht sie an der Spitze der genossenschaftlichen Primärkreditinstitute – ein Rang, den die APO-Bank, wie sie in Kurzform auch genannt wird, inzwischen seit mehr als 30 Jahren einnimmt.

Universeller Bankservice – speziell für die Heilberufe

Als Universalbank mit komplettem Produktspektrum hat die Deutsche Apotheker- und Ärztebank ihre Geschäftspolitik auf die Erfordernisse der Heilberufe ausgerichtet. Das Institut versteht sich jedoch nicht als reiner Finanzdienstleister in dem Sinne, dass mit der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln oder Anlagemöglichkeiten die Betreuung der Kunden bereits ausgeschöpft ist. Vielmehr sieht sich die Bank dem satzungsgemäßen Auftrag verpflichtet: „Die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder und insbesondere der Heilberufsangehörigen, ihrer Organisationen und Einrichtungen“.

Dieser selbst gestellten Aufgabe konnte das Institut trotz der generell erschwerten Rahmenbedingungen im Kreditsektor wie bei den Heilberufen gerecht werden. So blieb denn auch der Zugang an neuen Kunden unverändert hoch: Im Geschäftsjahr 1997 wurde die Gesamtkundenzahl von 200.000 überschritten, am Ende des Jahres 2004 waren es bereits mehr als 277.500.

Kapitalverhältnisse

Das haftende Eigenkapital der Bank betrug zum **30. September 2004 € 2.326 Mio.** Es setzt sich wie folgt zusammen

	30.09.2004
	- in Mio. Euro -
Geschäftsguthaben (netto)	744
Offene Rücklagen	476
Stille Beteiligung	150
Sonderposten für allg. Bankrisiken nach § 340g HGB	42
Genussrechtskapital	216
Nachrangige Darlehen	297
Neubewertungsreserven Wertpapiere	17
Haftsummenzuschlag	305
Vorsorgereserve nach § 340f HGB	87
Abzugsposten nach § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG (Beteiligung über 10 %)	./.
Sonstige Abzugsposten	-
Haftendes Eigenkapital	<hr/> 2.326

Der Geschäftsanteil beträgt EUR 1.500.

Organe der Bank

Organe der Bank sind:

- die Vertreterversammlung
- der Vorstand
- der Aufsichtsrat

Oberstes Organ ist die **Vertreterversammlung**. Hier werden die Rechte der Mitglieder in den Angelegenheiten der Bank von den Vertretern ausgeübt. Die Vertreterversammlung beschließt über die im Genossenschaftsgesetz und in der Satzung bezeichneten Angelegenheiten, u.a. über Jahresabschluss, Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlustes, Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, Erhöhung oder Herabsetzung des Geschäftsanteiles oder der Haftsumme.

Der **Vorstand** führt die Geschäfte, er besteht gegenwärtig aus den Herren

Günter Preuß, Düsseldorf, Sprecher
Dr. rer. pol. Franz Georg Brune, Düsseldorf
Gerhard K. Girner, Düsseldorf
Jürgen Helf, Düsseldorf
Günther Herion, Düsseldorf
Werner Albert Schuster, Düsseldorf

Der **Aufsichtsrat** hat die Geschäftsführung des Vorstandes der Bank zu überwachen. Der Aufsichtsrat besteht aus höchstens 20 Mitgliedern. Je die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Vertreterversammlung und die Mitarbeiter gewählt.

Aus dem Kreis der Mitglieder des Aufsichtsrates sind ein Prüfungs-, Kredit- und Risikoausschuss, ein Wirtschafts- und Finanzausschuss und ein Personalausschuss gebildet.

Dem Aufsichtsrat gehören gegenwärtig an:

Dr. med. dent. Wilhelm Osing, Düsseldorf, -Vorsitzender-
Norbert Hinke*, Düsseldorf, -stellv. Vorsitzender-
Ralf Baumann*, Langenfeld
Berthold Bisping*, Neuss
Dr. med. dent. Dieter Dahmann, Neuss
Dr. med. dent. Wolfgang Eßer, Mönchengladbach
Apotheker Hans-Günter Friese, Fröndenberg
Erich Gottwald*, München (seit 1. Januar 2005)
Wolfgang Häck*, Neuss
Thomas Höll*, Düsseldorf
Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe, Düren
Uschi Jaeckel*, Mülheim/Ruhr
Britta Jansen*, Hamburg (bis 31. Dezember 2004)
Apotheker Hermann Stefan Keller, Mainz
Dr. med. Ulrich Oesingmann, Dortmund

Apotheker Gerhard Reichert, Hengersberg
Dr. med. Manfred Richter-Reichhelm, Berlin
Christian Scherer*, Mutterstadt
Michael Sell*, Duisburg
Roland Wark*, Heusweiler
Dr. med. Wolfgang Wesiack, Hamburg

* von den Arbeitnehmern gewählt

Auf Initiative des Vorstandes besteht seit 1975 zur geschäftlichen Beratung und Information der Heilberufskörperschaften ein **Beirat**.

Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Jahresüberschuss und Gewinnverwendung

Von dem bei Abschluss des Geschäftsjahres nach Deckung der Betriebskosten und Vornahme der erforderlichen Abschreibungen, Wertberichtigungen und Rückstellungen sich ergebenden Betriebsüberschuss wird ein Teilbetrag von mindestens 10 % des Reingewinns den gesetzlichen Rücklagen - solange die Rücklage 10 % der Bilanzsumme nicht erreicht - zugewiesen. Ferner werden andere Rücklagen gebildet, denen alljährlich mindestens 10 % des Reingewinns zuzuweisen sind.

Nach Saldierung der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge verblieb 2003 ein Jahresüberschuss von € 71.610.390,91. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr (€ 12.109,27) ergab sich ein Reingewinn von € 71.622.500,18 der wie folgt verwandt wurde:

1. Ausschüttung von 6 % Dividende	€	34.586.051,61
2. Gesetzliche Rücklagen.....	€	18.500.000,00
3. Andere Rücklagen.....	€	18.500.000,00
4. Vortrag auf neue Rechnung.....	€	36.448,57
	€	<u>71.622.500,18</u>

Abschlussprüfer

Gesetzlicher Abschlussprüfer der Deutsche Apotheker- und Ärztekammer eG, Düsseldorf ist der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsverband e. V., Mecklenbecker Strasse 235-239, 48163 Münster.

Dieser hat gem. § 340k HGB i.V.m. §§ 53, 55 Abs. 3 GenG im Einvernehmen mit der Bank die PwC Deutsche Revision AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Moskauer Strasse 19, 40277 Düsseldorf, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2003 beauftragt. Für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Gesetzlicher Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2001 und 2002 war der Genossenschaftsverband Rheinland e.V., Severinstrasse 214-218, 50676 Köln, der sich für die Prüfung gem. § 55 Abs.3 GenG der PwC Deutsche Revision AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bedient hat. Für die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2001 sowie 31. Dezember 2002 wurden uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt.

Rechtsstreitigkeiten

Die BKK für Heilberufe hat beim Landgericht Düsseldorf Klage gegen die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG eingereicht. Aus einer angeblich gesetzwidrigen Kreditvergabe in Höhe von 113 Millionen Euro wird eine Schadensersatzforderung in Höhe von 391 Millionen Euro abgeleitet.

Die APO-Bank hält der Klage der BKK entgegen, dass sie jeder sachlich gerechtfertigten Grundlage entbehrt und dass die Bank ihre Rechtsauffassung im Vorfeld stets konsequent vertreten hat. Dabei stützt sie sich auf mehrere externe Rechtsgutachten, die die Haltlosigkeit der Anspruchsbegründung bestätigen. Sie wird deshalb Klageabweisung beantragen.

Geschäftsentwicklung

Die folgende Übersicht zeigt die geschäftliche Entwicklung der Bank seit 2000:

<u>in Mio. Euro</u>	<u>30.09.2004*</u>	<u>2003</u>	<u>2002</u>	<u>2001</u>	<u>2000</u>
Geschäftsguthaben (netto)	744	645	496	381	357
Offene Rücklagen.....	476	439	405	375	344
Jahresüberschuss.....	-	72	59	57	51
Bilanzsumme.....	27.404	25.596	22.898	20.750	18.283
Gesamtkreditvolumen.....	18.040	16.837	15.311	13.514	12.321
Gesamteinlagen Kunden... (ohne nachrangige Verb.)	18.453	16.967	15.771	14.348	12.604

* nicht testiert

Mitarbeiter

Die Zahl der zum 31.12.2004 beschäftigten Mitarbeiter betrug 1.959 (2003: 1.914).



Geschäftsentwicklung im Überblick

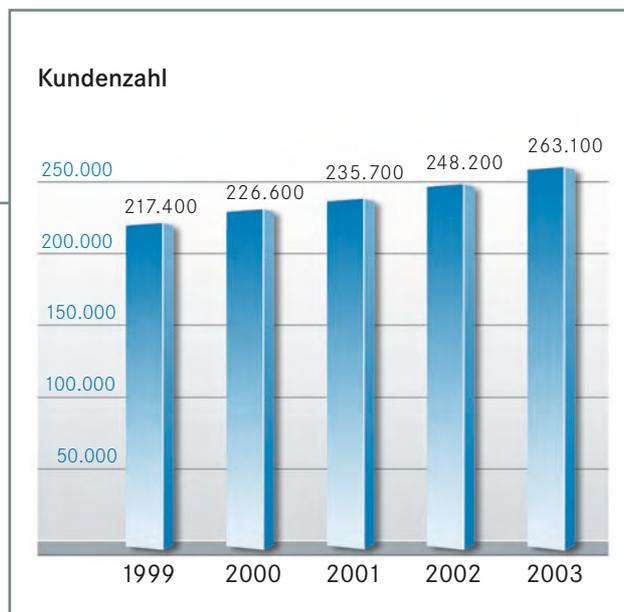
Weiter auf Erfolgskurs

Für die Deutsche Apotheker- und Ärztebank hat sich im Geschäftsjahr 2003 die erfolgreiche Tendenz der vorhergehenden Zeit fortgesetzt. Das Betriebsergebnis übertraf in seinen verschiedenen Ausprägungen deutlich die Werte des Vorjahresabschlusses. Die Expansion des Bilanzvolumens entsprach mit einem kräftigen Zuwachs dem Trend der Vorjahre. Trotz der Ausweitung des operativen Geschäfts konnten neue strategische Projekte begonnen und bereits eingeleitete Vorhaben mit guten Fortschritten weitergeführt werden.

Internationale Anforderungen

Die Entwicklung des Berichtsjahres war geprägt von einer Neujustierung der Geschäftspolitik mit der Ausrichtung auf internationale Standards. Zielsetzungen waren vor allem: eine weitere Verbesserung der Aufwandsrentabilität, die Stabilisierung der Zinsspanne, eine zusätzliche Steigerung

der Kernkapitalquote, eine höhere Performance des Betriebsergebnisses vor Risikovorsorge und die konsequente Beibehaltung der guten Aktivqualität.



Als Träger des Wachstums erwies sich erneut die anhaltende Nachfrage nach dem Finanzierungs-Know-how der Bank, wobei vor allem der besonders ausgeprägte Zugang an Neukunden ins Gewicht fiel. Die Kundenzahl erhöhte sich um 14.900 auf 263.100 – so stark wie nie zuvor innerhalb eines Jahres.

ÜBERSICHT I	Berichtsjahr 2003 Mio. €	Vorjahr 2002 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung in %
a) Bilanzsumme	25.596,4	22.897,8	+ 2.698,6	+ 11,8
b) Geschäftsvolumen*	25.596,4	22.897,8	+ 2.698,6	+ 11,8
c) Liquidität				
Kassenbestand	20,9	19,8	+ 1,1	+ 5,6
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	100,0	91,0	+ 9,0	+ 9,9
Barreserve	120,9	110,8	+ 10,1	+ 9,1
Täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute	153,8	88,6	+ 65,2	+ 73,6
Bundesbankfähige Anleihen und Schuldverschreibungen	2.277,4	1.932,0	+ 345,4	+ 17,9
Liquide Mittel insgesamt	2.552,1	2.131,4	+ 420,7	+ 19,7
Verbindlichkeiten gegenüber				
- Kreditinstituten	6.166,5	5.150,4	+ 1.016,1	+ 19,7
- Kunden	10.075,7	9.362,0	+ 713,7	+ 7,6
Schuldverschreibungen im Umlauf	6.891,6	6.409,1	+ 482,5	+ 7,5
Sonstige Verbindlichkeiten	263,2	207,0	+ 56,2	+ 27,1
Verbindlichkeiten gesamt	23.397,0	21.128,5	+ 2.268,5	+ 10,7
Liquidität (in % der Verbindlichkeiten)	10,9	10,1	+ 0,8	+ 7,9
d) Kreditgeschäft				
- Forderungen an Kunden	16.837,2	15.311,4	+ 1.525,8	+ 10,0
- Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	278,2	255,0	+ 23,2	+ 9,1
	17.115,4	15.566,4	+ 1.549,0	+ 10,0
e) Einlagengeschäft				
- Spareinlagen	543,2	603,2	- 60,0	- 9,9
- täglich fällige Einlagen	4.132,8	3.373,0	+ 759,8	+ 22,5
- Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.399,7	5.385,8	+ 13,9	+ 0,3
- verbriefte Verbindlichkeiten	6.891,6	6.409,1	+ 482,5	+ 7,5
	16.967,3	15.771,1	+ 1.196,2	+ 7,6
f) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
- täglich fällig	1.063,3	751,9	+ 311,4	+ 41,4
- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.103,2	4.398,5	+ 704,7	+ 16,0
	6.166,5	5.150,4	+ 1.016,1	+ 19,7

*Das Geschäftsvolumen setzt sich zusammen aus der Bilanzsumme und den Indossamentsverbindlichkeiten.

ÜBERSICHT II	Berichtsjahr 2003 Mio. €	Vorjahr 2002 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung in %
a) Zinsüberschuss	399,4	361,0	+ 38,4	+ 10,6
b) Provisionsüberschuss	80,1	80,3	- 0,2	- 0,2
c) allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
- Personalaufwand	142,2	130,7	+ 11,5	+ 8,8
- andere Verwaltungsaufwendungen	124,7	121,7	+ 3,0	+ 2,5
d) Abschreibungen auf Sachanlagen	16,3	15,3	+ 1,0	+ 6,5
e) Teilbetriebsergebnis vor Risikovorsorge	203,8	177,3	+ 26,5	+ 15,0
f) Bilanzgewinn	71,6	58,5	+ 13,1	+ 22,4



Berufsspezifische Erfahrung gefragt Wir werten die positive Resonanz der Heilberufsangehörigen auf das Leistungsspektrum unserer Bank auch als Hinweis darauf, dass gerade angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen die Partnerschaft mit einem berufsspezifisch erfahrenen Kreditinstitut geschätzt wird. Das fundierte, über Jahre hinweg angesammelte Wissen der Kundenberater um die betriebswirtschaftlichen Belange der freiberuflichen Existenz in Praxis und Apotheke stellt längst einen Wert an sich dar, dessen Bedeutung in Zukunft noch zunehmen dürfte.

Weitere Neueinstellungen Um die Beratungskapazität in den Filialen zu verstärken sowie zur Abdeckung erforderlicher Leistungspotenziale in der Hauptverwaltung wurden auch im Jahr 2003 Neueinstellungen vorgenommen. Dadurch hat sich der Personalstand von 1.879 auf 1.914 – der tatsächliche Personalstand inklusive Befristungen, Vorruhestand usw. von 2.104 auf 2.143 – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht. Da das Überschreiten der rechtlich relevanten Zahl von 2.000 Mitarbeitern absehbar war, wurde im Berichtsjahr ein Aufsichtsrat nach Maßgabe des Mitbestimmungsgesetzes (paritätisch besetzter Aufsichtsrat) gewählt.

Neues Domizil für Hauptverwaltung und Töchter Die Betreuung unserer Kunden wird durch 46 Filialen im gesamten Bundesgebiet, einige Beratungsstellen, unsere Tochtergesellschaften sowie die Hauptverwaltung in Düsseldorf gewährleistet. Die Hauptverwaltung hat im laufenden Jahr 2004 ein neues Gebäude bezogen, das auch für die Tochtergesellschaften Platz bietet. Die bisher auf sieben Standorte verteilten Betriebseinheiten konnten damit erstmals räumlich zusammengefasst werden.

Neue Außenstellen Mit neu konzipierten, im Berichtsjahr eingerichteten Außenstellen in Ulm und Ingolstadt wurden Erfahrungen gesammelt, wie sich die Betreuung der Heilberufsangehörigen in jenen Gebieten realisieren lässt, in denen

die Bank bisher nicht mit Vertriebsstützpunkten präsent ist. Die positive Resonanz auf diese Initiative gibt Anlass für die Planung weiterer Außenstellen.

*Kunden haben
die Wahl*

Generell stellen wir unseren Kunden im Rahmen der bereits seit 1996 praktizierten „Multi-Channel-Strategie“ frei, auf welchem Weg sie Kontakt mit der Bank aufnehmen. So haben die Heilberufsangehörigen stets die

Wahl zwischen der persönlichen Beratung in der Filiale und dem Besuch durch unseren mobilen Außendienst zu Hause. Sie können zudem bei Standardbankgeschäften zwischen komfortablen PC-Programmen oder dem Telefonservice „apodialog“ wählen.



Der Zugang vieler Neukunden hat in Verbindung mit dem Interesse des bestehenden Kundenkreises an neuen bzw. weiteren Produkten zu einem Wachstum der Bilanzsumme um 2,7 Milliarden Euro beziehungsweise um

11,8% auf 25,6 Milliarden Euro geführt. Die seit mehr als 30 Jahren gehaltene Spitzenposition als größte deutsche genossenschaftliche Primärbank haben wir damit weiter ausgebaut.

*Marktführer bei
Niederlassungs-
finanzierung*

Die Bilanzexpansion wurde von der Kreditnachfrage getragen, bei der die Finanzierung von Existenzgründungen traditionell besonderes Gewicht hat. Die prägnante Marktführerschaft in der Niederlassungsfinanzierung hat sich auf diese Weise erneut bestätigt. Die Refinanzierung erfolgte vorrangig durch die Aufnahme von Kundengeldern und die Emission verbrieftter Verbindlichkeiten.

Deutliche

Ergebnissteigerung

In der Ergebnisrechnung kommt die seit Jahren anhaltende Ausweitung der Kundenkredite in einer Verbesserung des Zinsüberschusses um 10,6% auf 399,4 Millionen Euro zum Ausdruck. Der Provisionsüberschuss erreichte mit 80,1 Millionen Euro das Vorjahresniveau. Der Verwaltungsaufwand einschließlich der Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhte sich im vorgegebenen Rahmen um 5,8% auf 283,3 Millionen Euro. Das Teilergebn vor Risikovorsorge verbesserte sich um 15,0% auf 203,8 Millionen Euro. Der Bilanzgewinn wird mit 71,6 Millionen Euro ausgewiesen, 22,4% mehr als im Vorjahr.

Erneut hohe

Dividende

Das mehr als zufrieden stellende Geschäftsergebnis ermöglicht die vorsorgliche Abdeckung aller absehbaren Risiken aus der Geschäftstätigkeit, die erforderliche Stärkung des Eigenkapitals sowie die Ausschüttung einer vergleichsweise hohen Dividende an die Mitglieder der Bank.



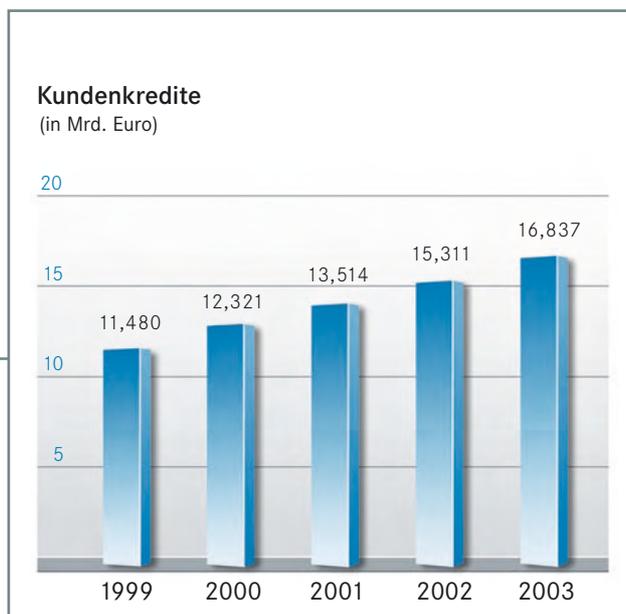


Kreditgeschäft

*Finanzierungs-
Know-how gefragt* Die intensive Kreditnachfrage fand ihren Niederschlag im Anstieg der Kundenkredite um 10,0 % auf 16,84 Milliarden Euro. Das gesamte Kreditvolumen – einschließlich Bürgschaften – belief sich bei einem Zuwachs von ebenfalls 10 % auf 17,12 Milliarden Euro.

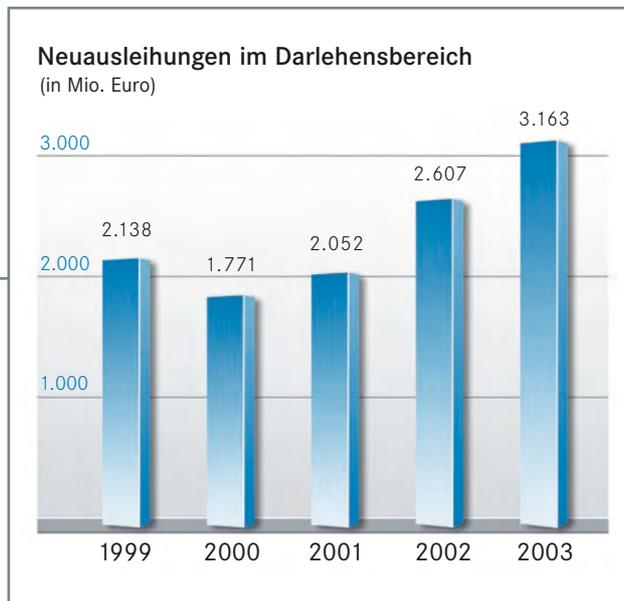
*Darlehen deutlich
gestiegen* Die Aufgliederung der Ausleihungen nach Fristigkeiten zeigt bei den Kontokorrentkrediten im Vergleich zum Vorjahr stichtagsbedingt einen Anstieg um 119 Millionen auf 2,3 Milliarden Euro. Die durchschnittliche Inanspruchnahme der KK-Kredite weist eine unter Ertragsgesichtspunkten

erfreuliche Ausweitung um 110 Millionen Euro aus. Das Scherwergewicht der Ausleihungen liegt allerdings mit einem Zuwachs um 1,41 Milliarden auf 14,5 Milliarden – entsprechend der Mittelverwendung für Immobilien- und Existenzgründungsfinanzierungen – mit zunehmender Tendenz im Darlehensbereich.



Die Intensität der Kreditnachfrage – und damit die tatsächliche Kreditleistung – kommt in den Neuausleihungen zum Ausdruck, die

mit 3,16 Milliarden Euro um 21,3 % über dem bereits hohen Niveau des Vorjahres lagen. Diese Steigerung ist insofern bemerkenswert, als ange-



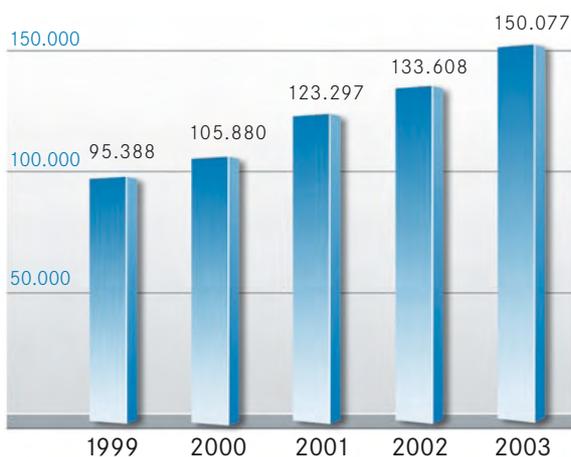
sichts der verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Heilberufssektor längst nicht mehr jeder Finanzierungswunsch realisierbar ist. Hinsichtlich des Volumens ist weiterhin von Bedeutung, dass sich mit der Darlehensvergabe ein ausgesprochen hohes Maß an Beratungsleistung verbindet, bei dem zukunftsorientierte ökonomische Aspekte besonders gewichtet werden.

Auch 2003 mehr

Existenzgründungen

Im Hinblick auf die Mittelverwendung verteilen sich die Neuausleihungen zu 29 % auf Existenzgründungen, zu 44 % auf Immobilienfinanzierungen und zu 27 % auf sonstige Finanzierungen, zum Beispiel für Ersatz- und Zusatzinvestitionen und für private Zwecke. Die besondere Bedeutung der qualifizierten Beratung muss insbesondere bei der Existenzgründungsfinanzierung hervorgehoben werden, die seit jeher als ein Markenzeichen unserer Bank gilt. Die Gesamtzahl der Finanzierungen in diesem Marktsegment stieg im Berichtsjahr weiter an, allerdings verminderte sich die Zahl der Existenzgründungsfinanzierungen im Apothekenbereich – eine deutlich sichtbare Auswirkung der Gesetzgebung im Gesundheitswesen. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen im Heilberufssektor kann der Ausbau der Marktführerschaft bei den Existenzgründungsfinanzierungen sicherlich auch als Hinweis auf die Kompetenz und Wertschätzung des Finanzierungs-Know-hows unserer Berater gewertet werden. Diese beziehen in ihre Finanzierungskonzepte nach Möglichkeit öffentliche Fördermittel ein. Insbesondere die heute unter dem Namen „Unternehmerkredit“ laufenden Programme der KfW-Mittelstandsbank wurden intensiv genutzt.

Zahl der Kreditnehmer



Unsere Angebote zur Immobilienfinanzierung wurden 2003 stärker in Anspruch genommen als je zuvor. Die Zahl der entsprechenden Engagements erhöhte sich um 31,7% auf 6.640 Finanzierungen allein im Berichtsjahr. Dieser Anstieg wurde aus Sicht der Kundenberater durch eine spezielle moderne Beratungssoftware erleichtert. Aus dem Blickwinkel der Kunden stand – insbesondere bei privatem Immobilienerwerb – das Interesse an besonderen Darle-

hensformen im Vordergrund, die den speziellen Belangen unserer Kunden in besonderem Maße Rechnung tragen.

Aktive Vermittler

Einen wertvollen Beitrag zur Expansion des Kreditgeschäfts erbrachten die Vertriebswege über unseren Finanzdienstleister „apofinanz“ sowie über freie Vermittler bzw. Vermittlergruppen.



Einlagengeschäft

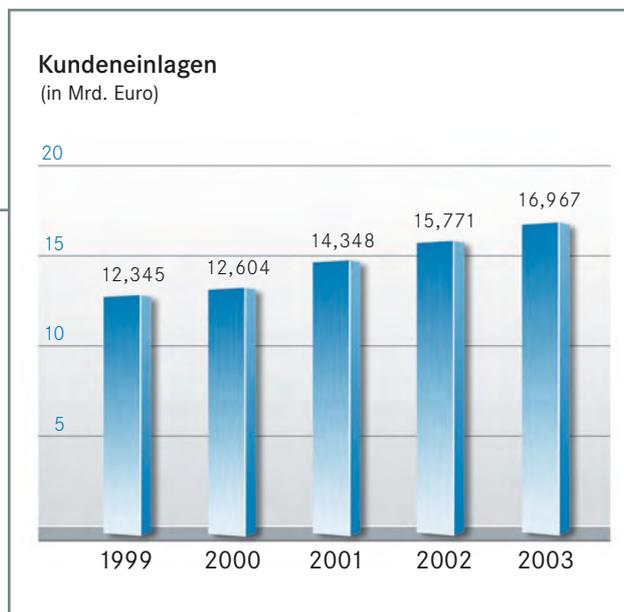
Höhere Einlagen

Das Gesamtvolumen des Einlagengeschäfts erhöhte sich im Berichtsjahr um 7,6% auf 16,97 Milliarden Euro. Dieser Zuwachs entfällt auf die Kundeneinlagen im engeren Sinne sowie auf die Emission von Inhaberschuldverschreibungen, deren Platzierung im Abschnitt „Investmentgeschäft“ erläutert wird.

Liquiditätshaltung verstärkt

Mit einem kräftigen Zuwachs um 22,5% auf 4,13 Milliarden Euro stehen die täglich fälligen Einlagen zu Buche. Diese Ausweitung beruht zwar auch auf stichtagsbedingten Dispositionen institutioneller Kunden, geht aber ebenso auf höhere täglich fällige Einlagen der Privatkunden zurück. Darüber hinaus kommt hier die weiterhin gute Resonanz auf das „APO-Liquiditätskonto“ zum Ausdruck, das für größere Beträge im Rahmen kurzfristiger Anlagen angeboten wird und eine attraktive variable Verzinsung mit jederzeitiger Verfügbarkeit verbindet.

Wir erleichtern unseren Kunden die Dispositionen im Kontokorrent durch den Service „Rund um das laufende Konto“ mit einem attraktiven Leistungsprofil. Neben spendefreier Kontoführung bei Konten auf Guthabenbasis sind hier vor allem portofreie Monatsauszüge mit weit reichender Gebührenerstattung für die Nutzung von in-



ländischen Geldausgabeautomaten, kostenlose personalisierte Formulare und Zahlscheine, ein vielseitiges und leistungsfähiges Kreditkartenangebot zu nennen sowie die Abrundung durch PC-Banking und „apodialog“ – Serviceangebote, die an anderer Stelle erläutert werden.

*Erfolgreiches
Zwillingspaar*

Das im Jahr 2000 eingeführte Kreditkartendoppel mit VISA GOLD und MASTERCARD GOLD unter dem Namen „APO GoldenTwin“ wurde im Berichtsjahr rund 13.400-mal geordert und darf insofern als ausgesprochen erfolgreich gelten. Inzwischen sind mehr als 84.000 Kunden damit ausgestattet. Bei diesem Produkt verzichtet die Bank



vollständig auf die sonst bei Kreditkarten üblichen Jahresgebühren. Das Kartenpaket bietet darüber hinaus einerseits flexible Liquidität durch den optionalen Kreditrahmen unter der Bezeichnung APO CashCredit und andererseits eine attraktive Verzinsung für Guthaben bis zu 25.000 Euro und damit eine gern genutzte Möglichkeit für kurzfristige Anlagen.

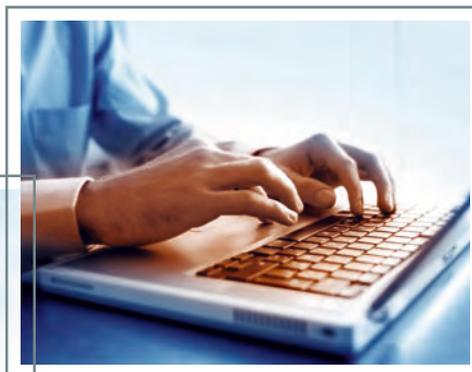
*Termineinlagen
umgeschichtet*

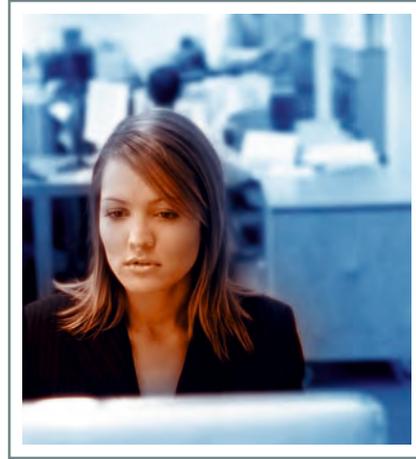
Von dem Rückgang der Termineinlagen (ohne Schuldscheindarlehen) um 267 Millionen auf 2,78 Milliarden Euro entfällt die Hälfte auf stichtagsbedingte Dispositionen institutioneller Kunden. Im Privatkundenbereich wurde die während des ersten Halbjahres zu verzeichnende Steigerung der Termineinlagen in der zweiten Jahreshälfte überproportional abgebaut. Im Gegensatz zu den Termineinlagen wurden die Schuldscheindarlehen um 280 Millionen auf 2,62 Milliarden Euro ausgeweitet.

Spareinlagen

leicht rückläufig

Das Kontensparen in den verschiedenen Ausprägungen und Fristigkeiten ging insbesondere zum Jahresende hin aufgrund des Interesses an anderen Anlageformen leicht zurück. Trotz der eher ungünstigen Bedingungen wurde das in zwei Versionen entwickelte Angebot „APO 50/50“ von unseren Kunden gut aufgenommen. Es verbindet eine Festzinsanlage mit Investmentfondsanteilen im jeweils gleichen Volumen.





Vertriebskanäle

*Multi-Channel-
Banking
seit 1996*

Das heute als optimale Vertriebsform für Bankprodukte geltende „Multi-Channel-Banking“ wurde in seiner Grundkonzeption bereits 1996 in unserer Bank eingeführt. Damit bleibt jedem Kunden die Wahl überlassen, wie und wann er mit uns in Verbindung treten will. Die einzelnen Vertriebskanäle werden seither fortlaufend ausgebaut und an neue Entwicklungen angepasst. Dem stationären Vertrieb in den Filialen kommt dabei insofern eine hohe Bedeutung zu, weil wir die persönliche Beratung als unverzichtbaren Bestandteil, aber auch als Markenzeichen unserer Serviceleistungen als Bank für die Heilberufe ansehen.

apofinanz wächst

Die 1997 gegründete Finanz-Service GmbH der APO-Bank, kurz „apofinanz“ genannt, hat sich längst als mobiler Vertrieb der APO-Bank etabliert. Es entspricht dem Selbstverständnis der Finanzberater, dass sie unsere Kunden dann beraten, wenn diese Zeit haben. Die Zahl der Berater wurde aufgrund der guten Resonanz von 56 auf 73 ausgeweitet. Durch konsequente Fortbildung zur Erhöhung der Beratungsqualität in allen Bereichen des Bankgeschäfts wurde der Aspekt „Finanzplanung“ innerhalb der apofinanz fest etabliert.

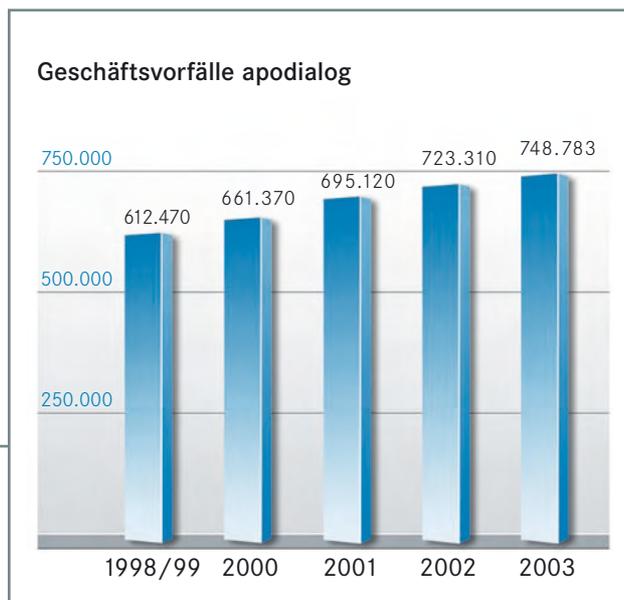
*Hoher Anteil am
Vermittlergeschäft*

Geschäftsvolumen und Ertrag der Gesellschaft haben sich im Berichtsjahr deutlich erhöht. Ein wesentlicher Anteil des gesamten Vermittlergeschäfts der Bank wird inzwischen durch die apofinanz realisiert. Aber auch bei der Betreuung bestehender Geschäftsverbindungen sowohl im Darlehens- als auch im Anlagebereich leisten die Berater einen guten Beitrag. Die im Berichtsjahr in Ulm und Ingolstadt unter Beteiligung der apofinanz eingerichteten Außenbüros haben sich in der Pilotierungsphase etabliert und werden zukünftig weiter ausgebaut.



*Neue Konzeption
für Jungärzte und
Studenten*

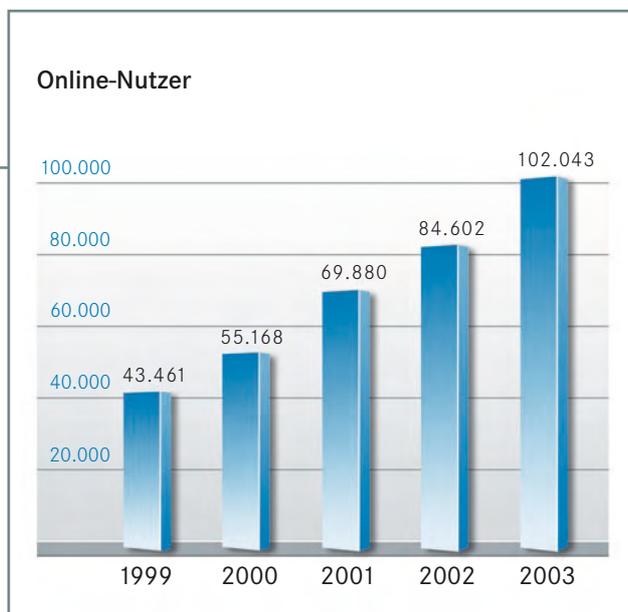
Speziell zur Betreuung von Studenten der Heilberufe und Ärzten in Weiterbildung wurde im Berichtsjahr eine neue Konzeption entwickelt. Das Zielgruppenmarketing setzt auf die Komponenten Internetauftritt, Werbemittleinsatz, Internetwerbung, Veranstaltungen sowie auf die Kooperation mit berufsständischen Verbänden und Fachschaften an den Hochschulen. Mit der Umsetzung dieser Konzeption vom laufenden Jahr an wollen wir die Positionierung der Bank in dieser Zielgruppe wesentlich verbessern. Die hier eingesetzte Produktpalette mit Standardprodukten wie Girokonto, BANKCARD, APO GoldenTwin, PC-Banking mit „apobrokerage“ und „apodialog“ ermöglicht die Erledigung fast aller Bankgeschäfte auf elektronischem Weg.



Als wichtige Abrundung unseres Dienstleistungsangebots steht unseren Kunden seit 1996 der Telefonservice „apodialog“ zur Verfügung. Obgleich wir die Öffnungszeiten an die tatsächlichen Nutzungszeiten angepasst und damit die Nachtstunden ausgeklammert haben, wurden in allen Bereichen Zuwächse erzielt. Ende 2003 nahmen mehr als 56.000 Kunden die Möglichkeit wahr, einen Ansprechpartner für Fragen und Aufträge „Rund um das laufende Konto“ zu haben, der

auch für die Anlage und Disposition von Termineinlagen sowie für die verschiedenen Sparformen und Sparprogramme zur Verfügung steht. Außerdem ist „apodialog“ in das Service-Angebot „apobrokerage“ eingebunden, so dass unsere Kunden nicht nur via PC-Banking mit der Software StarMoney, sondern auch telefonisch Wertpapieraufträge für die

deutschen Börsen erteilen können. Nach wie vor schließt der „apodialog-Service“ die Bestellannahme von Reiseschecks und ausländischen Banknoten ein, die den Kunden kurzfristig per Kurier zugestellt werden. Für Fragen und Probleme beim PC-Banking erfüllt „apodialog“ zudem die im vergangenen Jahr 38.780-mal gefragte Funktion als „Hotline“. Von den 382.740 eingehenden Anrufen zum Telefon-Banking wurden 292.600 innerhalb von 30 Sekunden angenommen. Die in diesem Zusammenhang zum Ziel gesetzte Quote von 70 % wurde damit deutlich übertroffen.



Banking via Internet wird immer beliebter. Wie selbstverständlich nutzen Bankkunden inzwischen den PC für die Kontenabfragen, Überweisungen und Wertpapieraufträge. Wir ermöglichen unseren Kunden seit Jahren die elektronische Abwicklung von Bankgeschäften – online direkt via Internet oder komfortabler mit der gesondert für die Bank entwickelten Spezialversion der erfolgreichen Software „StarMoney“. Das Engagement zahlt sich aus: Mit mehr als

100.000 PC-Banking-Kunden konnte unser Haus die Zahl der Online-Nutzer in acht Jahren mehr als verzehnfachen. Da PC-Banking nicht nur einfach, sondern vor allem auch sicher sein soll, empfehlen wir den Heilberufstätigen den Online-Dienst unserer Tochtergesellschaft DGN Service GmbH. Die auf Arzt, Apotheker und Zahnarzt zugeschnittenen Internet-Lösungen D/G/N, aponet Professional und DZN gewährleisten durch umfassende Schutzkonzepte – wie zum Beispiel Virenschutzprogramme oder Firewall – professionelles Arbeiten in sicherer Umgebung.

dgnservice

*Kommunikation
mit unseren Kunden*

Neben der Verbreiterung unserer Angebotspalette als Partner der Heilberufe ist uns die weitere Verbesserung der Servicequalität ein unvermindert wichtiges Anliegen. Mit dieser Aufgabe haben wir seit einigen Jahren die Abteilung Kundenkommunikation betraut, die sich diesem Vorhaben mit zwei Schwerpunkten widmet: Im Rahmen des Qualitätsmanagements werden systematisch Anregungen und Verbesserungsvorschläge der Kunden ausgewertet, um im Interesse der Servicequalität und der Kundenzufriedenheit mögliche Schwachstellen zu erkennen und Verbesserungspotenziale konsequent zu nutzen. Unter dem Aspekt des Beschwerdemanagements setzt sich die Abteilung Kundenkommunikation intensiv dafür ein, die zwischen unserem Haus und einzelnen Kunden aufgetretenen Probleme zu lösen, Missverständnisse zu klären und das gute Verhältnis zwischen den Kunden und der Bank wieder herzustellen.





Neue Beratungskonzeptionen

*Paradigmenwechsel
in der GKV* Das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG), das im Zentrum der gesundheitspolitischen Diskussion des Jahres 2003 stand, bringt im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung einen Paradigmenwechsel. Als neues Organisations- und Wettbewerbselement im Bereich der ambulanten Versorgung wurden die medizinischen Versorgungszentren eingeführt. Ihnen soll eine besondere Rolle bei der Etablierung von Verträgen zur integrierten Versorgung zukommen, deren Durchführung eine sektorübergreifende Kooperation verschiedener medizinischer Leistungserbringer zum Ziel hat. Durch den Gesetzgeber wurden sowohl juristische und verfahrenstechnische Hemmnisse beseitigt als auch ökonomische Anreize in Aussicht gestellt, um die Chancen zur Umsetzung der integrierten Versorgung zu erhöhen.

*Innovative
Kooperationsformen* Wir gehen davon aus, dass eine zunehmende Zahl von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern die Möglichkeiten innovativer Versorgungs- und Kooperationsformen wahrnehmen wird. Um die Chancen dieser räumlich konzentrierten Kooperationen zu nutzen und gleichzeitig Risiken zu minimieren, bietet unsere Bank ihren Kunden in den Bereichen Finanzierung, Consulting, Coaching und E-Health umfangreiche Unterstützungsleistungen an. Als Bank der Heilberufe und als Partner der Heilberufe sehen wir es als originäre Aufgabe an, die zukünftigen Entwicklungen und Standards im heilberuflichen Umfeld zu antizipieren und begleitend mitzugestalten.

*Unterstützung
durch apokom und
PMG*

So impliziert zum Beispiel die Finanzierung bzw. das Consulting und Coaching innovativer Versorgungsstrukturen neue und zugleich komplexe Zielfindungs-, Entscheidungs- und Realisierungsprozesse, die mit tradierten Verfahrensweisen und Instrumenten nicht verwirklicht werden können. Dabei können wir unter anderem auf die langjährige Erfahrung unserer 100-prozentigen Tochtergesellschaft „apokom Kooperations- und Organisations-Management GmbH“ sowie auf die Beteiligung an der Praxismanagementgesellschaft AG zurückgreifen.



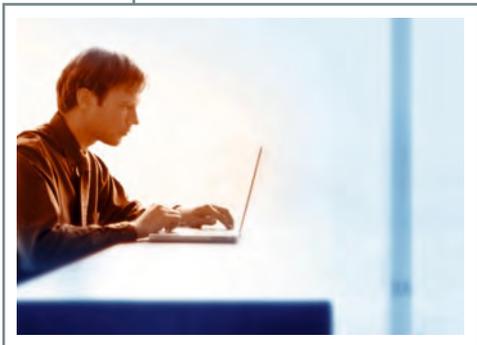
Bei der Beratung durch die „apokom“ wird besonderer Wert auf die konzeptionelle Betreuung von Kooperationsstrukturen gelegt, um größtmögliche Synergiepotenziale zu realisieren. Neben der Erschließung jener Möglichkeiten, die sich durch die gesetzliche Krankenversicherung ergeben, steht insbesondere die betriebswirtschaftliche Ergebnisentwicklung im Fokus der apokom-Aktivitäten. apokom konnte im Berichtsjahr die Positionierung als innovativer Consultant in einem sich verändernden Umfeld weiter ausbauen. Als besonders vorteilhaft hat sich die Konzeption erwiesen, das Beratungsangebot bereits bei ersten Kooperationsüberlegungen der Heilberufsangehörigen einzubeziehen.

*Marktführender
Provider*

Auch bei E-Health-Aktivitäten nimmt unser Haus schon seit Jahren eine Vorreiterrolle ein. Auf diese Weise wurde unsere Tochtergesellschaft DGN Service GmbH im Heilberufssektor zum marktführenden Provider für sichere Kommunikation im Gesundheitswesen. Im Hinblick auf den weiteren Anstieg der Nutzer-Zahlen bei den heilberufsspezifischen Intranets D/G/N (für Ärzte), aponet Professional (für Apotheker) und DZN (für Zahnärzte) kann das Unternehmen auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückblicken.

*Neue Tochter
Medisign*

Gemeinsam mit den PVS/Die Privatärztlichen Verrechnungs-Stellen wurde in 2004 die Medisign GmbH gegründet. Im Rahmen dieses Joint Ventures wurde eine eigene Public-Key-Infrastruktur etabliert, die kooperierenden



Heilberufsangehörigen neben einer sicheren elektronischen Authentifizierung und Kommunikation weitere Zusatzfunktionen auf der medesignCard bietet. So können beispielsweise mit dieser Karte die bisher für verschiedene Konten jeweils schriftlich ausgehändigten Listen mit Transaktionsnummern (TAN) bedarfsgerecht generiert werden. Mit der medesignCard kommt eine innovative Technologie mit eigenem Trust-Center zum Einsatz, die sowohl kompatibel zu aktuellen als auch offen für zukünftige E-Health-Standards ist.

*Netz-Manager
durch
Netzakademie*

Die Entwicklungen in der Vergangenheit, aber auch die aktuell sich bietenden neuen Kooperationsformen machen deutlich, dass für diese komplexen Zusammenschlüsse ein professionelles Management erforderlich ist, das von den initiiierenden Heilberufsangehörigen in der Regel nicht geleistet werden kann. Um das in diesem Zusammenhang erforderliche fachliche Wissen gezielt zu vermitteln, wurde auf Initiative der Bundesärztekammer, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und unserer Bank im Jahr 2000 die „Netzakademie – Management für Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen e. V.“ gegründet. In einem berufsbegleitenden Studium, das 14 Präsenzwochenenden sowie umfangreiche webbasierte Fernstudientexte umfasst, wird den studierenden Praktikern aus Medizin, Pharmazie oder auch anderen Bereichen des Gesundheitswesens das erforderliche Wissen an Betriebswirtschaft, Recht und Organisationslehre vermittelt. Inzwischen haben mehr als 70 Studenten das Studium in vier verschiedenen Studiengängen erfolgreich mit dem Abschlusszertifikat „Netz-Manager (Gesundheit)“ abgeschlossen. Aufgrund der ständigen Nachfrage werden zurzeit weitere Studiengänge für das laufende Jahr vorbereitet.





- apoconsult entwickelt neue Finanztools* Die freiberufliche Tätigkeit des Heilberufsangehörigen erfordert zunehmend die Auseinandersetzung mit betriebswirtschaftlichen Fragestellungen. Unsere Tochtergesellschaft APO Consult GmbH, kurz: apoconsult, hat deshalb eine Reihe von „Finanztools“ entwickelt, die interessierten Ärzten über die Internetplattform des D/G/N zur Verfügung stehen. Dieses Serviceangebot wird demnächst auch Zahnärzten über das DZN und Apothekern über aponet Professional zugänglich sein. Diese Finanztools ermöglichen es, mit einfachen Rechenschritten Antworten zu finden auf Fragen wie „Was leistet meine Praxis?“, „Wie viel Praxiseinnahmen benötige ich zum Leben?“ oder „Lohnt sich die Geräteinvestition?“. Mit einem weiteren Tool lassen sich die Auswirkungen von Honorarveränderungen auf das verfügbare Einkommen berechnen, und für Praxisabgeber steht das Tool „Was ist meine Praxis wert?“ zur Verfügung.
- Abgabe-Datei intensiv genutzt* Für den Praxisabgeber bietet die APO-Bank-Praxisabgabe-Datei eine bundesweite Plattform, einen geeigneten Nachfolger zu finden. Die Nutzung dieser Datei ist sowohl für den abgebenden als auch für den übernehmenden Arzt oder Zahnarzt kostenlos. Im Berichtsjahr wurde diese Datei mit 250 „Abgabe-Praxen“ in das bankinterne Intranet eingestellt. Im Beratungsgespräch wird auf diese Weise eine komfortable Suche nach der geeigneten Praxis ermöglicht.
- Kooperationen im Aufwind* Dieser Service erlangt besondere Bedeutung vor dem Hintergrund, dass sich der Trend zur Übernahme einer Praxis weiter verstärkt. Unsere Analyse des Investitionsverhaltens bei der Praxisgründung im Jahr 2003 zeigt, dass in Westdeutschland inzwischen rund 85 % aller durch uns vorgenommenen Praxisfinanzierungen entweder der Übernahme einer Praxis oder dem Eintritt in eine bestehende Praxis gelten. In Ostdeutschland lag dieser Wert bei 75 %.



*Research im
Heilberufssektor*

Entsprechend unserer Geschäftsphilosophie, die Heilberufsangehörigen in ihrem unternehmerischen Handeln und Denken zu unterstützen, wurde darüber hinaus im Berichtsjahr das betriebswirtschaftliche Research im Heilberufssektor weiter verstärkt und eine Vielzahl von Maßnahmen realisiert, um betriebswirtschaftliches Grundwissen im Rahmen der Individualberatung vermitteln zu können. So stehen den Kundenberatern über das Intranet der Bank eine den gesamten Bereich der Gesundheitsökonomie umfassende Datenbank sowie aktuelle Informationen über die Entwicklung im Gesundheitswesen zur Verfügung.

*Steigendes
Interesse
an Seminaren*

An den von unserer Tochtergesellschaft apoconsult in Zusammenarbeit mit den ärztlichen und zahnärztlichen Standesorganisationen im Jahr 2003 durchgeführten 140 Fortbildungsveranstaltungen nahmen rund 6.300 Heilberufsangehörige teil. Neben den Seminaren zum Thema „Die erfolgreiche Praxisabgabe“ bzw. „Praxen mit Gewinn verkaufen“ konnte eine sehr starke Nachfrage nach den Seminaren zum Thema „IGeL-Leistungen – Erschließung neuer Einnahmequellen“ und „Selbstzahlerleistungen richtig gemacht“ verzeichnet werden. Stark besuchte Seminare zu den Themen „Professionelle Praxisführung“, „Qualitätsmanagement“ sowie „Kommunikationspartner Arzt/Zahnarzt“ zeigen, dass die Heilberufsangehörigen aufgrund der Veränderungen im Gesundheitswesen sich verstärkt der Optimierung der Praxisführung widmen. Nach wie vor liegt aufgrund der unverändert angespannten wirtschaftlichen Situation im Heilberufssektor ein besonderer Schwerpunkt des Seminar-Angebots im Bereich der betriebswirtschaftlich- und liquiditätsorientierten Themen. Die sehr positive Resonanz auf Seminare für Steuerberater war Anlass, diese Veranstaltungsreihe auch 2003 wieder anzubieten. Im Fokus standen dabei Inhalte und Auswirkungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG 2004). Mit dieser Informationsvermittlung unterstützt die Bank die Steuerberater wirkungsvoll bei der Betreuung ihrer Heilberufsklientel.



Investmentgeschäft

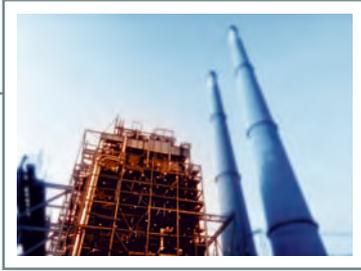
*Börsen im
Jahresverlauf
erholt*

Bestimmender Faktor für die Kapitalmärkte war im Jahr 2003 der Irak-Krieg. Eine Woche vor Beginn der Kampfhandlungen erreichten die weltweiten Aktienmärkte den Tiefpunkt einer bis dahin nur in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts erlebten Talfahrt. Sorgen um Terror und Krieg, aber auch um Deflation und Depression bestimmten die ersten drei Monate des Berichtsjahrs. Schon im zweiten Quartal, vor allem jedoch im weiteren Verlauf des Jahres, vermehrten sich die Anzeichen, dass sich die Weltwirtschaft, getrieben von der expansiven Fiskal- und Geldpolitik der USA, auf dem Weg der Gesundung befand. Diese Erkenntnis erwies sich als Treibsatz für die Weltaktienbörsen, die sich bis zum Jahresende eindrucksvoll erholten. So gewann der DAX von seinen Tiefständen 80 %, der Dow Jones Industrial Index 39 % und der EuroStoxx Aktienindex 50 %. Der Rentenmarkt bestätigte das Vorurteil, ein Spiegelbild der Aktienmärkte zu sein. Bis Mitte März wurden immer neue Renditetiefstände erreicht, die jedoch bis zum Jahresende um einiges wieder ausgeglichen wurden.

*Asset Management-
Strategie erfolgreich*

Die im Jahr 2001 begonnene neue Ausrichtung der Asset Management-Strategie unserer Bank und die dahinter stehende Wertpapier-Strategie erwies sich trotz der nach wie vor schwierigen Börsensituation als erfolgreich. Dazu hat die neue Betreuungskonzeption sowohl im Privatkundenbereich als auch bei institutionellen Anlegern beigetragen. Durch eine optimierte Aufbauorganisation, erweiterte personelle Kapazitäten und verstärkten Ausbau der IT-Infrastruktur konnten die Anforderungen an die Dienstleistungsqualität im Asset Management deutlich besser erfüllt werden. Der Erfolg dieser Maßnahmen kommt in einer Steigerung des Provisionsergebnisses im Wertpapierbereich um knapp 16,7 % auf 46,9 Millionen Euro zum Ausdruck.

- Provisionszuwachs im Wertpapiergeschäft* Die strategische Positionierung der Bank im Wertpapiergeschäft zeigt auch im Vergleich mit den Wettbewerbern deutliche Erfolge. Speziell im Privatkundenbereich wurde ein Provisionszuwachs von 25 % erzielt. Schwerpunkt des Absatzes waren offene Immobilien- und Wertpapierfonds, aber auch verstärkt Zertifikate, durch die besondere Wünsche unserer Kunden, wie zum Beispiel Wertsicherung des eingesetzten Kapitals, berücksichtigt werden konnten.
- Positive Entwicklung bei geschlossenen Fonds* Trotz der verhaltenen Konjunktorentwicklung und erneuter steuerlicher Diskussionen konnte 2003 der Absatz von geschlossenen Fonds auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Ein gewisser Schwerpunkt lag dabei im Bereich ausländischer Immobilienbeteiligungen. Aber auch bei den inländischen Immobilienfonds konnten Umsatzsteigerungen erzielt werden. Die Verlagerung in unserem Angebot auf sicherheits- und renditeorientierte Investitionsobjekte hat sich somit als richtig erwiesen. Diese Entwicklung wird auch vom Gesamtmarkt bestätigt und darf für die kommenden Jahre als richtungsweisend gelten.
- Vermögensverwaltung gefragt* Auch unsere Vermögensverwaltung kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2003 zurückblicken. Sowohl das betreute Depotvolumen als auch die Anzahl der Mandate konnten deutlich ausgeweitet werden. In dem von starken Kursausschlägen geprägten Börsenjahr wurden in den Strategieportfolios attraktive Renditen erzielt. Die in den letzten Jahren zunehmende Schwankungsintensität der Märkte, verbunden mit steilen und kurzfristigen Auf- und Abschwungphasen, hat viele Anleger verunsichert. Deshalb suchen vermögende Privatkunden des Hauses zunehmend den Rat der Vermögensverwaltung. Mit Blick auf die jeweiligen Bedürfnisse wird hier das Portfolio individuell zugeschnitten. Angesichts niedriger Kapitalmarktzinsen und beweglicher Börsen stehen Werterhalt und langfristige Optimierung dabei im Fokus.



*Service für
institutionelle
Kunden*

Der stark negative Einfluss geopolitischer Faktoren auf die Entwicklung der Kapitalmärkte und eine hohe Beanspruchung der Risikoaktiva der von uns betreuten institutionellen Kunden führte auch in dieser Berichtsperiode zu einem verstärkten Investment in den vermeintlich sicheren Hafen der Rentenanlage. Der Fokus der neuen Engagements lag wiederum auf den so genannten „strukturierten Rentenprodukten“. Durch zielgerichtete Steuerung des Cashflows und den Einsatz von Kündigungsoptionen konnte der Zinsertrag dieser Anleihen gegenüber dem vergleichsweise niedrigen aktuellen Kapitalmarktzinsniveau temporär aufgebessert werden.

*Risikoadjustierte
Anlagestruktur*

Unser Angebot, die Entscheidungsträger in den Versorgungswerken bei der Optimierung der strategischen Asset Allocation zu unterstützen, traf weiterhin auf viel Interesse. Neben der regelmäßigen Bewertung aller Anlagensegmente und der jeweiligen Darstellung der Reservepositionen wird im Rahmen dieser Serviceleistung die gemeinsame Erarbeitung einer risikoadjustierten Anlagestruktur vorgenommen. Dieses Geschäft wurde personell im Hinblick auf finanzmathematischen Sachverstand und technisch mit Blick auf die Optimierung der eingesetzten Beratungssoftware wesentlich ausgebaut.

*Neue Masterfonds-
mandate*

Darüber hinaus konnten weitere Masterfondsmandate gewonnen werden. Das Volumen der Spezialfonds im Rahmen unserer Depotbankfunktion hat sich dadurch weiter erhöht. Besonders vorteilhaft ist es für unsere institutionellen Anleger, wenn sie unserem Haus die Depotbankfunktion sowohl für Masterfonds als auch für die Direktanlage übertragen, weil dadurch Voraussetzungen für die strategische Asset-Allocation-Beratung durch unsere Wertpapierfachleute geschaffen werden.

apoasset

*Flexibel und
spezialisiert:
apoasset*

Unsere auf die Beratung von Spezial- und Publikumsfonds sowie das Portfolio Management spezialisierte Tochtergesellschaft Apo Asset Management GmbH, kurz: apoasset, hat ihre Geschäftstätigkeit und ihr Ergebnis insgesamt weiter steigern können. Das Konzept, sich als kleine,



flexible Gesellschaft auf nur wenige hochspezialisierte Produkte zu konzentrieren, ist dabei durch eine Reihe von Spitzenplatzierungen in seiner Richtigkeit bestätigt worden.

*Erfreuliche
Entwicklung
bei Dachfonds*

Eine erneut erfreuliche Entwicklung ist bei den APO-Dachfonds zu verzeichnen. Ihre Wertentwicklung profitierte sowohl von der rigorosen Auswahl der Zielfonds als auch von einer sehr frühzeitigen Konzentration auf wesentliche Trends in den Aktien- und Rentenmärkten. Auf der Aktienseite ist neben der guten Performance des „APO Trend Selekt“ auf die weiterhin überzeugende Entwicklung des von apoasset konzipierten und gesteuerten Generika-Zertifikats hinzuweisen. Dieses Produkt, in dem auch die besondere Kompetenz der APO-Bank-Gruppe für Themen des Gesundheitsmarktes zum Ausdruck kommt, findet inzwischen weit über den Kundenkreis unseres Instituts hinaus Anklang. Zudem gelang es apoasset, dieses Konzept auch auf den Spezialfondsbereich für institutionelle Anleger zu übertragen.

*APO Rendite Plus
mit guten
Ergebnissen*

Bei den Rentenfonds waren sowohl im institutionellen Bereich als auch beim vollständig in Unternehmensanleihen investierenden Publikumsfonds „APO Rendite Plus“ gute Ergebnisse und insgesamt deutliche Volumenzuwächse zu verzeichnen. Das Konzept des „APO Rendite Plus“ wurde dabei im Herbst nach Abschluss des ersten vollständigen Fondsgeschäftsjahres durch eine Ausschüttung von 6,7 % nachdrücklich bestätigt. Eine weiterhin erfreuliche Entwicklung nahm auch der von apoasset betreute Geldmarktfonds.

*Technische
Kommunikation
verbessert*

Im Hinblick auf die anhaltende Popularität des Master-KAG- und Masterdepotbank-Konzepts hat apoasset darüber hinaus durch die Einführung des Kommunikationsstandards S.W.I.F.T. die technischen Voraussetzungen für einen effizienten Nachrichten-Austausch mit einer wachsenden Zahl von Kapitalanlagegesellschaften und Depotbanken geschaffen.



*aik kontinuierlich
positiv*

Unsere Tochtergesellschaft APO Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH (aik), die sich auf das Immobilien-Investmentgeschäft und auf die professionelle Immobilien-Vermögensverwaltung für Versorgungswerke der Freien Berufe konzentriert, kann seit Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit Anfang 1999 auf eine kontinuierlich positive Entwicklung zurückblicken.

Im Durchschnitt wurde pro Jahr mindestens ein neuer Immobilien-Spezialfonds aufgelegt und das verwaltete Immobilienvermögen um jeweils 75 % ausgeweitet. Das vergangene Geschäftsjahr war mit einer Erhöhung des betreuten Immobilienvermögens um 78 % über dem Vorjahreswert besonders erfolgreich. Das insgesamt verwaltete Immobilienvermögen erreichte damit 670 Millionen Euro.

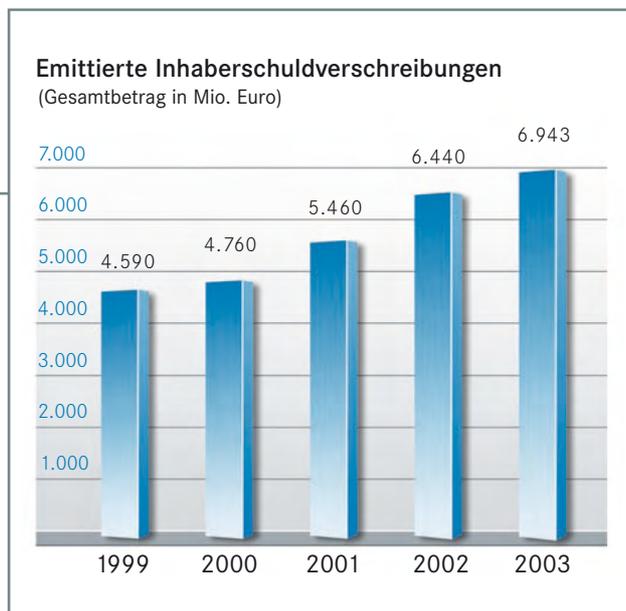


*Akquisitionserfolge
im In- und Ausland*

Im Berichtsjahr wurde das neue Fondskonzept des „Gemeinschaftsfonds“ erfolgreich umgesetzt. Damit bietet die aik auch kleineren und mittleren Versorgungswerken die Möglichkeit, sich an einem nationalen und internationalen Immobilien-Portfolio zu beteiligen und die Vorteile des Spezialfonds für institutionelle Investoren zu nutzen. Für den ersten Gemeinschaftsfonds der aik haben sich sieben Versorgungswerke unterschiedlicher Berufsstände und Bundesländer entschieden. Zusätzlich zu den bereits betreuten Fonds wurde ein weiterer „Individualfonds“ für ein zahnärztliches Versorgungswerk aufgelegt. Insgesamt werden in sieben Immobilien-Spezialfonds derzeit 13 berufsständische Versorgungswerke von der aik betreut.

*Beachtliche
Gesamt-
performance*

Trotz der weiterhin schwierigen Marktsituation im Berichtsjahr wurden auch in der Immobilienverwaltung wieder beachtliche Vermietungsleistungen erreicht. Insgesamt konnten 89 neue Mietverträge über rund 15.000 m² Mietfläche und einem jährlichen Mietvolumen von 2,1 Mil-



lionen Euro abgeschlossen werden. Die Gesamtpurchase aller von der Bank akquirierten Objekte lag im Berichtsjahr bei beachtlichen 6,87 %.

Die Emissionstätigkeit unserer Bank am internationalen Kapitalmarkt verstärkte sich entsprechend der Ausweitung des Kreditgeschäfts. Im Berichtsjahr wurden 2,26 Milliarden Euro langfristige Emissionen bei internationalen Investoren platziert.

Deren Kreis haben wir dabei mit europäischem Schwerpunkt kontinuierlich ausgeweitet. Zum Ende des Berichtsjahr belief sich das ausstehende Volumen des „European Medium Term Note-Program“ auf 4,7 Milliarden Euro.

*Platzierungen
auch bei privaten
Kunden*

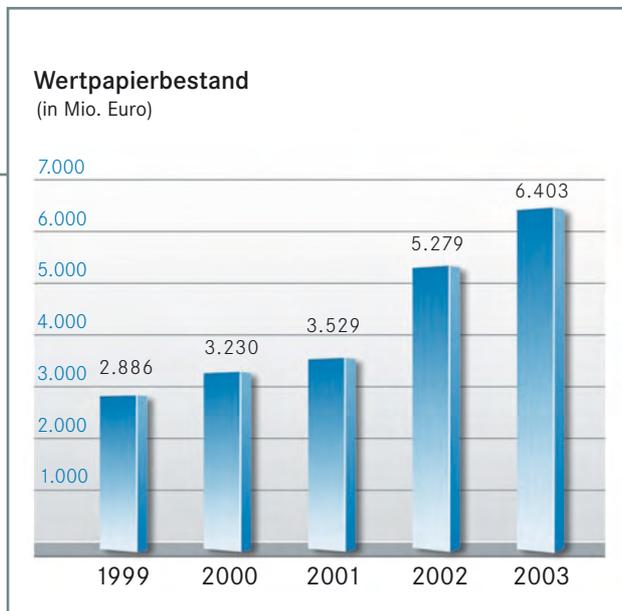
Platzierungen bei privaten Kunden in der Größenordnung von einer Milliarde Euro runden die Angebotspalette im Anlagespektrum ab. Bei einem etwa gleich bleibenden stabilen Volumen entsprechen die verschiedenen Laufzeiten den Interessen der Kunden. Die erstmalige Emission einer stillen Beteiligung wird im Abschnitt Eigenkapital behandelt.

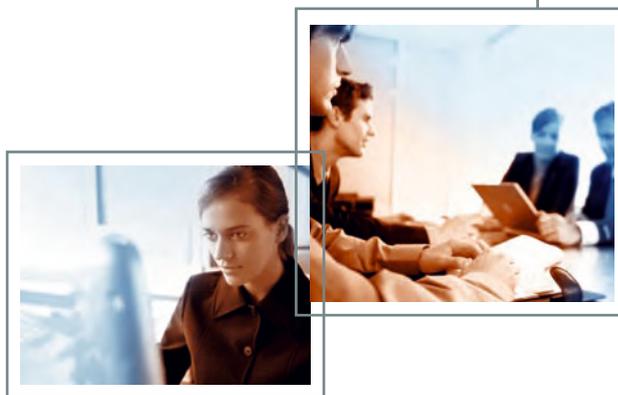
*Commercial
Paper-Program*

Durch die Erweiterung unseres Emissionsspektrums um das „European Commercial Paper-Program“ im kürzerfristigen Bereich stellen wir die jederzeitige Liquidität zu attraktiven Zinssätzen sicher. Als weiterer Vorteil ist ein höheres Maß an Flexibilität für die Liquiditätssteuerung zu nennen.



Wertpapierbestand aufgestockt Zur zinskongruenten Anlage freier variabler Liquidität wurde der Wertpapierbestand der Bank um 1,12 Milliarden auf 6,40 Milliarden Euro aufgestockt. Die Steuerung der Liquiditätsreserve erfolgte unter strikter Beachtung des eng gefassten Sicherheitsgedankens. Alle Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.





Bankbetrieb

*Entwicklung und
Umsetzung
strategischer
Projekte*

Neben der Abwicklung von Marktfolgeaufgaben waren die für den Bankbetrieb unseres Hauses relevanten Bereiche in hohem Maß in die Entwicklung und Umsetzung strategischer Projekte eingebunden. Dabei standen einerseits Maßnahmen zur Stärkung des Vertriebs im Vordergrund; andererseits galten die Anstrengungen der Effizienzsteigerung interner Prozesse. Die Planungen standen unter dem generellen Ziel, auf eine Verbesserung der Ertragssituation bei restriktivem Kostenanstieg hinzuwirken. Darüber hinaus musste neben der Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerung eine Reihe von Projekten zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben realisiert werden.

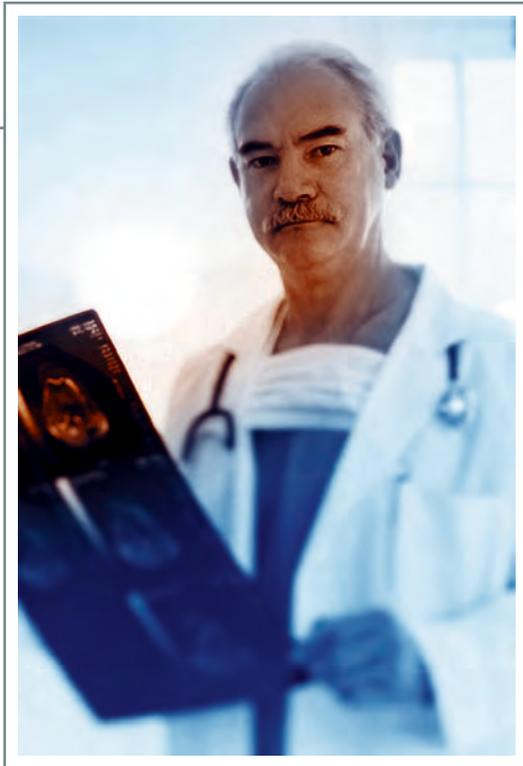
*Handelsabwicklung
mit noch mehr
Service*

In der Handelsabwicklung wurden im Berichtsjahr die Serviceleistungen im Bereich der Asset-Management-Mandate von Versorgungswerken ausgebaut. So konnte ein Controlling-Prozess aufgesetzt werden, der sicherstellt, dass die Kapitalanlagen gemäß § 54 des Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie entsprechend der Anlageverordnung erfolgen und darüber hinaus auch kundenspezifische Anforderungen und Vorgaben täglich überwacht werden. In diesem Zusammenhang wurde ein modernes Softwareprogramm installiert, das auch vielen zukünftigen Anforderungen gerecht wird.



*Formulare werden
kundenfreundlicher*

Darüber hinaus wurden weitere Formulare des Wertpapiergeschäfts im Sinne einer kundenfreundlichen Darstellung überarbeitet. Hier sind insbesondere die Anschreiben zu Kapitalmaßnahmen zu nennen sowie der Jahresdepotauszug. Im laufenden Jahr sind die Wertpapierabrechnung und



die Ertragsabrechnung hinzugekommen. Die oft sehr kurzfristig vom Gesetzgeber erlassenen Änderungen im Bereich des Einkommensteuerrechts sowie des Investmentrechts wurden termingerecht umgesetzt.

Die im Jahr 2000 erarbeitete Strategie für die Informatik- und Organisationsentwicklung der Bank stellte die Planungsgrundlage für strategische Projekte dar. Mit Ablauf des Jahres 2003 wurde das Ziel der „Strategie-Roadmap“ erreicht. Im Berichtsjahr standen Projekte, die der Prozessoptimierung und der Vertriebsunterstützung dienen, im Fokus. Wesentlichen Anteil an der Optimierung haben neu bzw. weiterentwickelte Komponenten unter der Bezeichnung „EKK Plus“ und „APO Office Plus“. Sie dienen der automatisierten Prozessunterstützung für

die Kreditbearbeitung. Sowohl das Neugeschäft als auch die aktive Kundenbetreuung werden dadurch erleichtert und Kapazitätsreserven zur Bewältigung weiterer Anforderungen durch zukünftige neue Kunden geschaffen.

„apoworkplace“

Die wichtigsten DV-Systeme der Bank wurden unter der einheitlichen Präsentations- und Navigationsoberfläche „apoworkplace“ zusammengefasst, so dass die vielfältigen DV-Systeme ohne technische Spezialkenntnisse bedient werden können. Eine besondere Herausforderung lag darin, 2.000 Mitar-

beiter taggenau auf die Einführung neuer Verfahren und den Umgang damit vorzubereiten. Daneben wurde ein unternehmensweites, einheitliches Passwort-Anmeldeverfahren eingeführt. Es ermöglicht den Mitarbeitern den komfortablen Einstieg in die Anwendungen, die zur täglichen Arbeit benötigt werden.



*Komfortable
WP-Plattform*

Ebenso wurden umfangreiche Modernisierungen und Verbesserungen in den Wertpapiersystemen vorgenommen, um die Qualität der Beratung und Abwicklung weiter zu verbessern. Schwerpunkte betrafen auch hier die Oberfläche, Bedienerführung und vereinfachte Zugriffe auf Informationen zur Ordererfassung, Orderbuch und Kundenbestand. Ergänzend wurde das Dispositionsverfahren angepasst.

*Modernste Technik
im Neubau*

Im Verlaufe des Berichtsjahres wurde der Neubau der Hauptverwaltung mit modernster technischer Infrastruktur ausgestattet. Damit unterstützt die IT der Bank die Leitsätze der Unternehmenskultur. Unter anderem wurde eine innovative Raumsteuerung eingeführt, die die vollständige Licht- und Klimasteuerung vom Arbeitsplatz aus am PC ermöglicht.

*Leistungsfähiges
Gebäude-
management*

Durch Einsatz einer Gebäudemanagement-Software wurden im Jahr 2003 die Weichen für ein leistungsfähiges Gebäudemanagement gestellt. Diese Software beinhaltet verschiedene Bausteine wie Flächenmanagement, Inventarisierung, Umzugsmanagement, Instandhaltung und Weiteres mehr. Parallel dazu haben wir eine bundesweite Ausschreibung des technischen

und infrastrukturellen Gebäudemanagements durchgeführt, um die Dienstleistungen zu bündeln und die Kosten zu minimieren. Die Umsetzung der daraus resultierenden Projekte ist für das zweite Quartal 2004 geplant.

*Modernisierung
der Filialen*

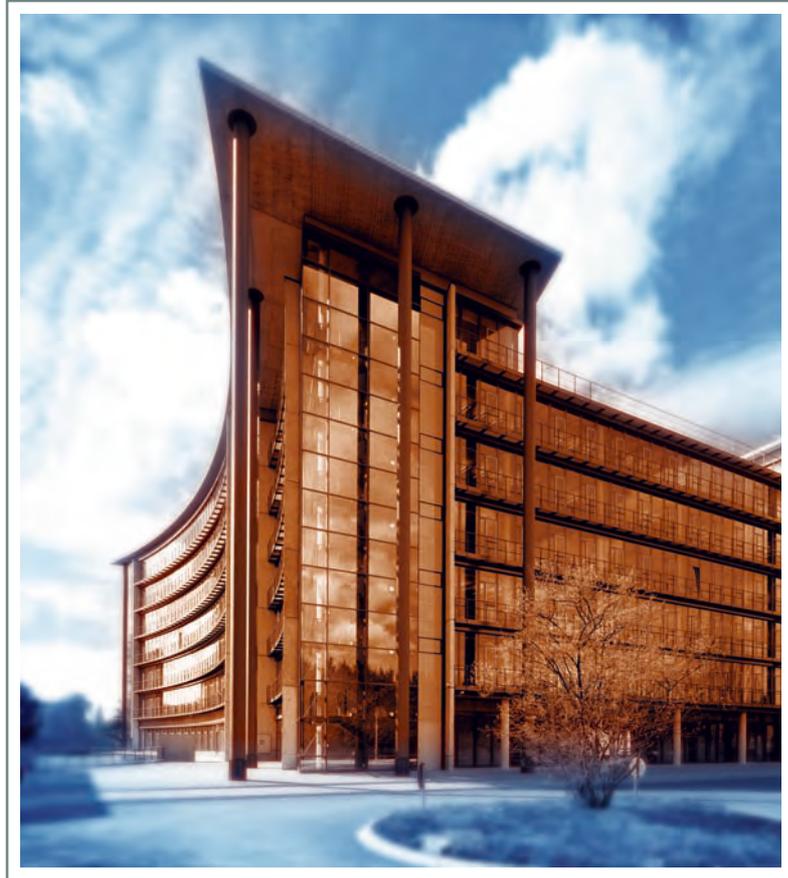
Bei den Modernisierungsmaßnahmen in den Filialen haben wir im Jahr 2003 den Fokus insbesondere auf erforderliche und werterhaltende Instandhaltungsmaßnahmen gelegt. In unserer Filiale Osnabrück wurde eine umfangreiche Modernisierung der Kassenhalle sowie der Beratungs- und Büroräume vorgenommen. Für das Regionale Kreditsekretariat (RKS) Süd in München haben wir zusätzliche Flächen angemietet, um den erhöhten Anforderungen an das Kreditgeschäft personell und sachlich Rechnung tragen zu können.

*Hamburg und Essen
in neuem Domizil*

Für unsere Filiale in Hamburg wurden moderne und zweckdienliche Büroräume in unmittelbarer Nähe des bisherigen Standortes angemietet und ausgebaut. Das neue Domizil konnte im Februar dieses Jahres bezogen werden. Für unsere Filiale Essen wurde ein neuer Standort im Weststadt Carrée gefunden. Mit dem Ausbau der angemieteten Flächen ist begonnen worden; der Einzug in die neuen Räume ist für das zweite Quartal 2004 geplant. In Ingolstadt und Ulm wurden – wie erwähnt – neue Außenstellen eingerichtet, um so die Kunden in dieser Region noch besser betreuen zu können.

*Hauptverwaltung
im neuen Haus*

Nach einer Bauzeit von weniger als zwei Jahren konnte der Neubau der Hauptverwaltung in Düsseldorf bezogen werden. Die gesamte Hauptverwaltung inklusive des Regionalen Kreditsekretariats West Düsseldorf wurde Mitte Februar 2004 einschließlich der IT- und Telefon-Infrastruktur, Akten und diversem Inventar in die neuen Räume verlagert. An allen Arbeitsplätzen konnte am Montag, dem 16. Februar 2004, morgens der Betrieb wieder aufgenommen werden, obwohl an den bisherigen Standorten teil-



weise noch bis Freitagabend gearbeitet wurde. Mit dem inzwischen zeitversetzt erfolgten Umzug des RKS Dortmund und des RKS Köln ist seit Anfang März 2004 das gesamte RKS West im Neubau zusammengefasst. Die Tochtergesellschaften aik, apoasset und DGN Service sind inzwischen ebenfalls in das neue Haus gezogen bzw. ziehen im zweiten Halbjahr 2004 ein.

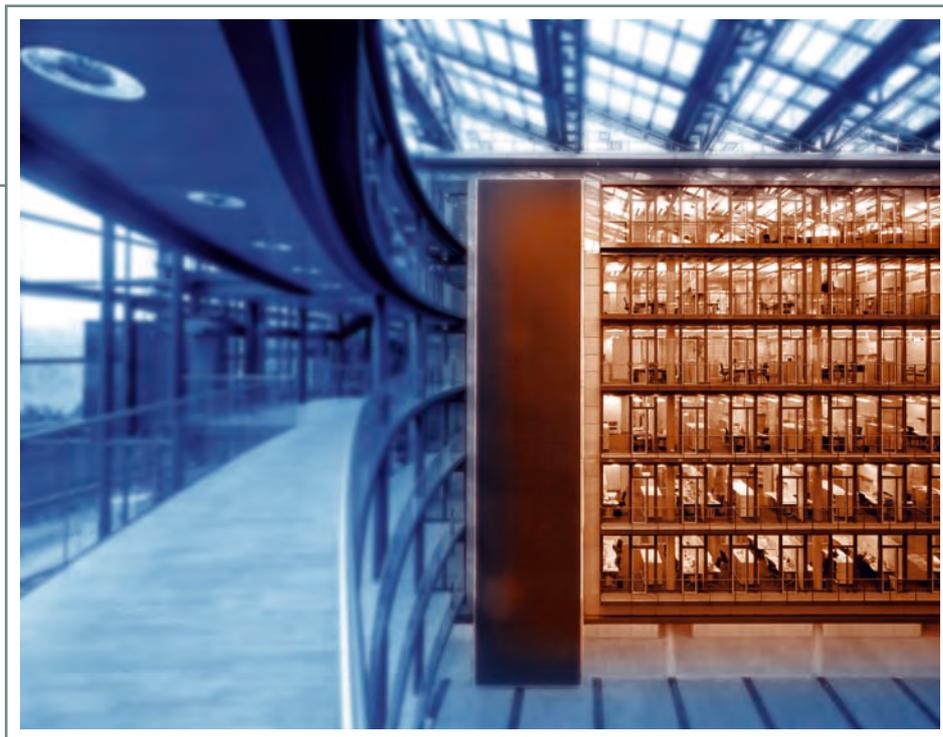
*Kombi-Büros
erleichtern
Kommunikation*

Die im Neubau realisierte Bürokonzeption des Kombi-Büros mit transparenten Flurtrennwänden wurde konsequent vom Erdgeschoss bis zum sechsten Obergeschoss umgesetzt. Nach der ersten Umstellungsphase werden bereits die Vorteile dieser „offenen“ Büroform genutzt, die ins-

besondere in einer Stärkung der Kommunikation liegen. Sowohl im Raum als auch im Gebäudebereichslayout wurde berücksichtigt, dass ungestörte Tätigkeiten ebenso möglich sind wie gemeinsame Abteilungsaufgaben.

*Sonderflächen
gern genutzt*

Neben den Büroflächen konnten auch die Sonderflächen des Neubaus von Mitte Februar an voll genutzt werden. Dazu zählen das neue Casino für die Mitarbeiter, der Tagungs- und Konferenzbereich, die Serviceflächen im ersten Untergeschoss inklusive der zentralen Archive und die multifunktionale Halle.

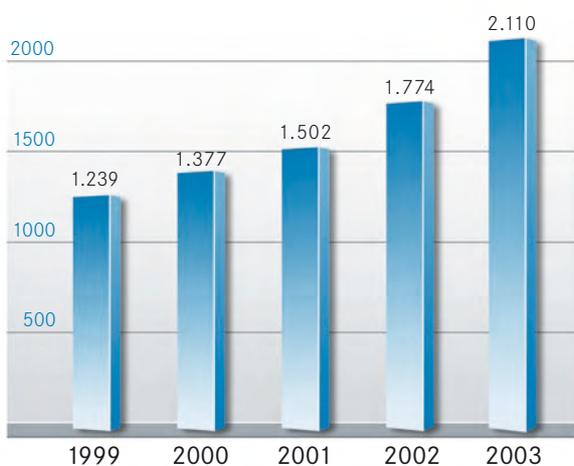




Eigenkapital

Eigenkapital Mit Blick auf internationale Standards haben wir die Eigenkapitalquote, insbesondere die Kernkapitalquote, trotz des erfreulich starken Aktivgeschäfts weiter ausweiten können. Dies wurde mit einem Strauß von Maßnahmen erreicht, zu denen neben einer dynamischen Ausweitung der Geschäftsguthaben und der Stärkung des Eigenkapitals aus eigenen Mitteln auch die Begebung einer stillen Beteiligung zählte.

Haftendes Eigenkapital per 31.12.
(in Mio. Euro)



Unterstützt durch eine sehr erfolgreiche Werbekampagne hat unsere Bank im Berichtsjahr mehr als 6.000 neue Mitglieder gewinnen können. Per saldo erhöhte sich die Zahl der Mitglieder um 3.798 auf 97.432. Mit dem Beitritt neuer Mitglieder und der Zeichnung weiterer Geschäftsanteile durch die bisherigen Anteilseigner der Bank erhöhten sich die Geschäftsguthaben um 149,2 Millionen Euro. Damit standen der Bank zum 31. Dezember 2003 Geschäftsguthaben der verblei-

benden Mitglieder in Höhe von 645 Millionen Euro zur Verfügung. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Zeichnung von Mitgliedsanteilen sicherlich auch in der attraktiven Rendite für die Mitglieder unserer Bank begründet ist. Wir gehen aber auch davon aus, dass die steigenden Zahlen der Mitglieder und der Geschäftsanteile ein nachhaltiges Vertrauen der Heilberufsangehörigen in die Sicherheit und die weitere prosperierende Entwicklung ihres standeseigenen Instituts erkennen lassen.

*Stille Beteiligung
begeben* Im Zuge der angestrebten Erhöhung des Kernkapitals haben wir nach Genehmigung durch die Vertreterversammlung im Juni 2003 erstmals und als erste genossenschaftliche Primärbank eine stille Beteiligung in Höhe von 150 Millionen Euro begeben. Neben der Platzierung am internationalen Kapitalmarkt wurde ein Großteil der Emission von den uns verbundenen berufsständischen Versorgungswerken aufgenommen. Die Nachfrage überstieg in kürzester Zeit das Emissionsvolumen, was auch die Attraktivität der Bank aus Investorensicht widerspiegelt.

*Haftendes
Eigenkapital
über 2 Mrd. Euro* Unabhängig von dem Eigenkapitalzuwachs durch neue Mitglieder und der Zeichnung weiterer Geschäftsanteile durch die bisherigen Anteilseigner stärkt die Bank ihre Kapitalbasis in angemessenem und erforderlichem Umfang aus selbst erwirtschafteten Mitteln. Aufsichtsrat und Vorstand werden der Vertreterversammlung vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 71,62 Millionen Euro den offenen Rücklagen 37 Millionen Euro zuzuführen und eine vergleichsweise hohe Dividende von 6 % auszuschütten. Damit werden der Bank nach Umsetzung der Vorschläge zur Rücklagendotierung und Ausschüttung der Dividende 2,16 Milliarden Euro als haftendes Eigenkapital zur Verfügung stehen.

Gewinnverwendung

	€
Bilanzgewinn	71.622.500,18
Gesetzliche Rücklagen	18.500.000,00
Andere Rücklagen	18.500.000,00
6 % Dividende	34.586.051,61
Vortrag auf neue Rechnung	36.448,57



Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Neue

Strukturprojekte

Im Jahr 2003 haben wir zwei groß angelegte Strukturprojekte begonnen mit dem Ziel, administrative Aufgaben aus den Filialen in unsere Beteiligungsgesellschaft APO Data-Service GmbH (apodata) zu verlagern. Die durch diese Verlagerung frei werdenden personellen Kapazitäten werden dann vertriebsnah eingesetzt. Wir haben zu diesem Zweck die neue Funktion „Teamassistentin/Teamassistent“ geschaffen. Die Konzeption sieht vor, dass künftig jedem Kundenberaterteam ein Assistent zur Seite steht, der von den Kundenberatern Aufgaben übernimmt, Termine vor- und Gespräche nachbereitet. Gleichzeitig soll so sichergestellt werden, dass in jedem Team ein Ansprechpartner für unsere Kunden stets erreichbar ist.

100 neue Stellen

für Teamassistenten

Insgesamt wurden rund 100 Stellen für Teamassistenten ausgeschrieben. Aufgrund der seit Jahren bestehenden intensiven Personalentwicklung ist es gelungen, rund 95 % dieser Stellen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank zu besetzen. Die Tatsache, dass sich die Investition in die Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun auszahlt, bestätigt uns, dass die in den vergangenen Jahren weit angelegten und breit durchgeführten Personalentwicklungsmaßnahmen erfolgreich waren. Da durch die Verlagerung von Aufgaben auf die apodata Stellen entfielen, haben wir zusätzlich zu den beschriebenen Versetzungen mit einigen Mitarbeitern sozialverträgliche Lösungen zur Aufhebung des Arbeitsverhältnisses oder zur frühzeitigen Pensionierung vereinbart. Durch diese einvernehmlichen Regelungen war es möglich, entsprechend den vorher getroffenen Vereinbarungen mit dem Gesamtbetriebsrat auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten.



Interne

Kommunikation

verbessert

In einer Mitarbeiterumfrage war im Jahr 2001 die Verbesserung der Kommunikation in der gesamten Bank als anstehendes Thema identifiziert worden. Wir haben deshalb in der Gesamtbank eine Kommunikations-offensive gestartet und im Rahmen dieser Maßnahmen zunächst alle Führungskräfte in den Fragen moderner Kommunikation geschult. Im Anschluss daran wurden die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Form von „Inhouse-Schulungen“ mit diesem Thema vertraut gemacht. Wir haben damit verdeutlicht, dass für eine gute Kommunikation alle Mitarbeiter sowie alle Führungskräfte gemeinsam verantwortlich sind und ihrerseits dazu beitragen müssen, die Kommunikation nachhaltig zu verbessern. Im Anschluss daran haben wir für die Bank so genannte Besprechungsstandards definiert, die in Zukunft bankeinheitlich bei Besprechungen, Meetings und Projektsitzungen angewendet werden. Auch diese Maßnahmen wurden aus den Erkenntnissen der Mitarbeiterumfrage abgeleitet und konsequent umgesetzt.

Systematische

Nachwuchs-

förderung

Zielgerichtete Managemententwicklung und Nachwuchsförderung sind entscheidende Faktoren einer zukunftsorientierten Unternehmensentwicklung. Die Bank nutzt dafür ein zielgruppenspezifisches Programm, mit dem sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systematisch in weiterführende Funktionen entwickelt. Ziel ist es, zukünftig vakant werdende leitende Positionen aus den eigenen Reihen besetzen zu können.

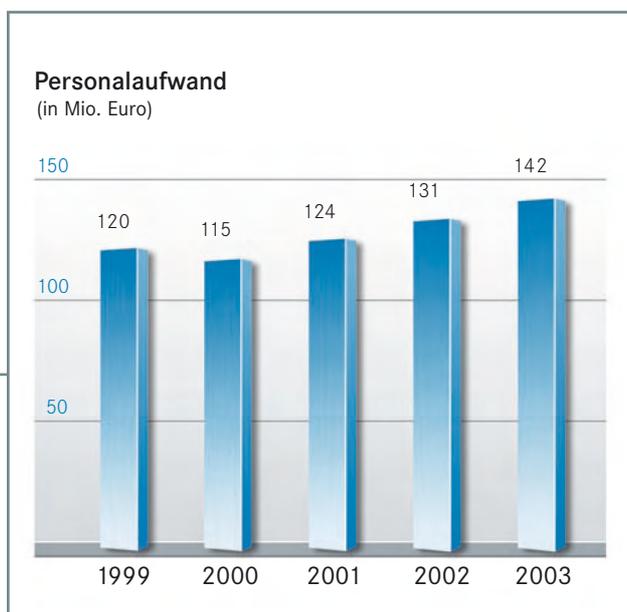
Neue Maßnahmen

Im Führungskreis I (Nachwuchsförderkreis) wird frühzeitig das Potenzial junger Nachwuchskräfte in einem Assessment-Center herausgearbeitet. Diese Mitarbeiter werden dann mit Hilfe eines strukturierten Entwicklungsplans langfristig auf ihre zukünftigen Führungsaufgaben vorbereitet. Aufgrund der sehr positiven Erfahrungen mit dieser Vorgehensweise entwickelt die Bank zurzeit einen Führungskreis II. Hintergrund ist der Anspruch, zukünftige Vakanzen auch auf Dezernats-, Bereichs-, und Regionalleitenebene mit Bewerbern aus dem eigenen Haus besetzen zu können. Darüber hinaus soll das Potenzial schon jetzt besonders erfolgreicher

Führungskräfte weiterentwickelt werden, um so zur Stabilisierung der derzeitigen Funktion beizutragen. Themen für eine weitergehende systematische Entwicklung sind u. a. allgemeines Management und strategisches Management.

*Personalaufwand
weiter gestiegen*

Der Personalaufwand wurde im Berichtsjahr um 8,8% auf 142,2 Millionen Euro ausgeweitet. Der Anstieg der Personalkosten ist schwerpunktmäßig in Tariferhöhungen sowie Neueinstellungen bzw. personellen Verstärkung in den Bereichen der Hauptverwaltung begründet. Ausschlaggebend für diese Neueinstellungen waren gesetzliche Erfordernisse, beispielsweise aus den „Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft“, „Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften“ und „Basel II“. Zusätzlich zu den Kostensteigerungen aufgrund personeller Maßnahmen ist ein erheblicher Teil auf die Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeit zurückzuführen, die den Mitarbeitern im Jahr 2003 erstmals angeboten wurden. Die Zahl unserer Mitarbeiter hat sich 2003 um knapp 2% auf 1.914 erhöht.



Risikobericht

Risikomanagement als Kernkompetenz Risiken im Bankgeschäft sind immanent. Das Management von Kredit-, Markt- und operationellen Risiken stellt uns zunehmend vor Herausforderungen, denen wir durch ständig weiterentwickelte Ansätze im Risikomanagement begegnen. Wir haben uns diesen Herausforderungen gestellt und das Risikomanagement im Berichtsjahr als Kernkompetenz weiterentwickelt, um auch zukünftig mit den eingegangenen Risiken verantwortungs- und ergebnisbewusst umzugehen.

Risikotragfähigkeit Basis unseres Risikomanagements ist die kontinuierliche Identifikation, Messung und Überwachung aller Risiken aus den Geschäftsaktivitäten der Bank. Der Vorstand hat eine gesamtbankbezogene Verlustobergrenze festgelegt, die die potenziellen Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und operationalen Risiken einbezieht und an der Risikotragfähigkeit in Abhängigkeit von der Ertragslage der Bank orientiert ist. Eigenkapitalpositionen oder stille Reserven der Bank gehen hierbei nicht in die Berechnung der Risikotragfähigkeit ein.

Die Bank war im Berichtsjahr zu jeder Zeit in der Lage, alle so berechneten potenziellen Risiken zu tragen und den Dividendenanspruch der Mitglieder einschließlich der hierauf entfallenden Steuern zu erfüllen.

Basel II Zielsetzung Ziel der neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung ist die Sicherung der Stabilität des Bankensystems und eine risikosensitiver ausgerichtete Bankenaufsicht. Bereits in den Vorjahren wurde ein umfangreiches bankweites Projekt zur Umsetzung der voraussichtlichen Regelungen der neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung begonnen, das regelmäßig an einen – auch vorstandsseitig besetzten – Lenkungsausschuss berichtet. Die Bank strebt die Umsetzung des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (IRB-Ansatz) an. Unser Ziel ist es, neben der weiteren Verbesserung der Risikomanagement- und Risikocontrollingfunktionalitäten die

Eigenkapitalbelastung für die Bank zu optimieren. Proberechnungen, auch im Rahmen unserer Teilnahme an den von der Bankenaufsicht durchgeführten Quantitative Impact Studies (QIS), bestätigen diese Erwartungen.

*Umsetzungs-
projekte*

Das Basel-II-Projekt gliedert sich in sechs Teilprojekte. Im Teilprojekt „APO-Rate“ konnten die vorhandenen Rating-Verfahren weiter ergänzt werden, so dass seit Ende 2003 für den Großteil der Kunden im Retail-Portfolio bereits ein internes Rating-Verfahren eingesetzt werden kann. Im Berichtsjahr durchgeführte Analysen bestätigen die gute Trennschärfe und Schätzgenauigkeit der Ausfallwahrscheinlichkeit der internen Rating-Verfahren. Wir gehen daher von ihrer Eignung für den Basel-II-IRB-Ansatz aus. In einem weiteren Teilprojekt wurden die Verfahren zur Schätzung der für den internen Ratingansatz relevanten Parameter (Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlust bei Ausfall etc.) entwickelt, DV-technisch angebunden und bereits mathematisch-statistisch überprüft. Das Teilprojekt „Operationelles Risiko“ konzentriert sich auf die Erstellung einer Verlustdatenbank, in der die „Operationelles-Risiko-Fälle“ systematisch erfasst und ausgewertet werden können. Ein weiteres Teilprojekt befasst sich mit der Entwicklung eines neuen, für Basel II notwendigen Datenhaushalts. Die Überprüfung und gegebenenfalls Bereinigung des bisherigen Datenhaushalts, entsprechend den Basel-II-Anforderungen, erfolgt im Teilprojekt „Datenbereinigung“. Das Teilprojekt „Säule II und III“ stellt sicher, dass die über die Mindesteigenkapitalanforderungen hinausgehenden Baseler Vorgaben bezüglich aufsichtsrechtlichem Überprüfungsverfahren und Markttransparenz erfüllt werden.

*Mindestanfor-
derungen an das
Kreditgeschäft*

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat mit den „Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft“ (MaK) Mindeststandards für das Kreditgeschäft entwickelt. Sie geben die Rahmenbedingungen für die Aufbau- und Ablauforganisation aller Kreditinstitute vor. Die bereits bestehenden Qualitätsstandards „Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften“ (MaH) und „Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision“ (MaIR) werden durch die MaK für das Kreditgeschäft ergänzt.

Kernelemente der MaK sind die Funktionstrennung zwischen Markt und Marktfolge, mit der Zielsetzung, unter Risikogesichtspunkten ausgewogene Kreditentscheidungen zu treffen. Es werden Anforderungen an die Kreditprozesse gestellt, die eine risikogerechte und effiziente Ablauforganisation zur Folge haben. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Identifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Einzelfall und portfoliobezogen. Für die Umsetzung der MaK werden im Rahmen eines Projektes alle Vorbereitungen und organisatorischen Maßnahmen zur planmäßigen Einführung dieser gesetzlichen Regelung zum 30. Juni 2004 beziehungsweise 30. Dezember 2005 (IT-Anforderungen) getroffen.

Die Funktionstrennung zwischen Markt und Marktfolge wurde bereits durch die Einführung der Regionalen Kreditsekretariate beginnend mit dem Jahr 1996 für das Kreditgeschäft mit den Heilberufsangehörigen weitgehend umgesetzt. Für die sonstigen Bereiche des Kreditgeschäftes wie zum Beispiel Firmenkunden, Kontrahenten des Handels und Emittenten des Liquiditätsanlagebestandes oder Beteiligungen wurde die MaK-konforme Aufbau- und Ablauforganisation konzipiert und wird termingerecht umgesetzt.

In der im Februar 2004 vom Vorstand verabschiedeten „Kreditrisikostategie der Deutschen Apotheker- und Ärztebank“ wurden die allgemeinen Grundsätze der Kreditrisikobeurteilung und -begrenzung, die Risikoleitlinien und die Grundsätze zur Beurteilung von Produktrisiken zusammengefasst und für alle Mitarbeiter der Bank und ihrer mehrheitlichen Beteiligungsgesellschaften verbindlich festgelegt. Dieses MaK-konforme strategische Positionspapier macht die Grundlagen und „Leitplanken“ für die Geschäftstätigkeit der Bank für alle Mitarbeiter transparent. Wir versprechen uns hiervon einen erheblichen Nutzen für die Bank.

Organisation Risikomanagement bezeichnet die Identifizierung, Messung, Kontrolle und
Risikomanagement Steuerung der eingegangenen Risiken. Hierzu werden moderne Prozesse sowie geeignete mathematisch-statistische Verfahren und Methoden zur permanenten Quantifizierung dieser Risiken eingesetzt. Nicht nur um Interessenkonflikten vorzubeugen, sondern auch aufgrund der Komplexität der Aufgabe und der auch aufsichtsrechtlich geforderten Transparenz haben wir verschiedene Organisationseinheiten mit diesen Aufgaben betraut: Die Verabschiedung der Kreditrisikostategie der Bank und die Durchsetzung der Risiko-Leitlinien für alle Risiko-Arten obliegt dem Vorstand. Die Steuerung der Markt- und Liquiditätsrisiken übernimmt das Dezernat „Unternehmensplanung/Treasury“ auf Grundlage der vom Vorstand verabschiedeten Rahmenbedingungen. Der Bereich „Zentrales Kreditsekretariat“ trägt die Verantwortung für die Steuerung des gesamten Adressenausfallrisikos.

Organisation Die Verantwortung für die Risiko-Messung und das Risiko-Reporting sowie
Risiko-Controlling die Qualitätssicherung der Risiko-Daten obliegt für alle Risiko-Arten dem „Risiko-Controlling“. Das Risiko-Controlling ist Teil des Bereiches Controlling, der dem Vorstand unabhängig von risikotragenden Unternehmensbereichen unterstellt ist. Zu den Aufgaben dieses Bereiches gehören neben der Implementierung der verschiedenen Methoden zur Risiko-Messung die Datenbereitstellung und die laufende Risiko-Messung einschließlich der Überprüfung der Verlässlichkeit der gewählten Modelle. Eine weitere wesentliche Aufgabe besteht in der Entwicklung und Bereitstellung eines regelmäßigen Berichtssystems, das Analysen der eingegangenen Risiken für alle Managementebenen liefert.

Die Interne Revision unterzieht die am Risikomanagementprozess beteiligten Organisationseinheiten, die vereinbarten Prozesse, Systeme und Einzelrisiken einer regelmäßigen, intensiven Prüfung.

Als Überwachungsorgane werden der Aufsichtsrat sowie dessen Prüfungs-, Kredit- und Risikoausschuss regelmäßig über die aktuelle Risikolage sowie Maßnahmen zur Risiko-Steuerung und -Begrenzung unterrichtet und in wesentliche Entscheidungen mit eingebunden. Dies geschieht seit 2004 auch durch den vierteljährlichen Risikobericht gemäß der MaK.

Risiken
Adressen-
ausfallarten

Unter Adressenausfallrisiko werden die möglichen Verluste verstanden, die sich durch den teilweisen oder vollständigen Ausfall eines Kreditnehmers oder Vertragspartners ergeben können. Dabei wird unterschieden zwischen Kreditnehmern („klassisches“ Kreditrisiko), Geschäftspartnern im Handels- und Treasury-Geschäft (Kontrahentenrisiko) oder Emittenten von Wertpapieren (Emittentenrisiko). In jedem Bereich wird das Adressenausfallrisiko über Einzel- und Portfoliobegrenzungen limitiert und überwacht. Hierbei werden sowohl das Einzelrisiko als auch das Konzernengagement sowie wirtschaftliche Risikoverbünde berücksichtigt.

Volumina in Mio. Euro inkl. Eventualverbindlichkeiten zum 31.12.2003

	Forderungen an Privatkunden/ Filialgeschäft	Forderungen an Organisationen und Großkunden	Forderungen aus Finanz- instrumenten	Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamtsumme
Kreditlinien	18.853	1.507	23.556	61	43.977
davon Inanspruch- nahmen	16.260	1.270	8.933	61	26.524

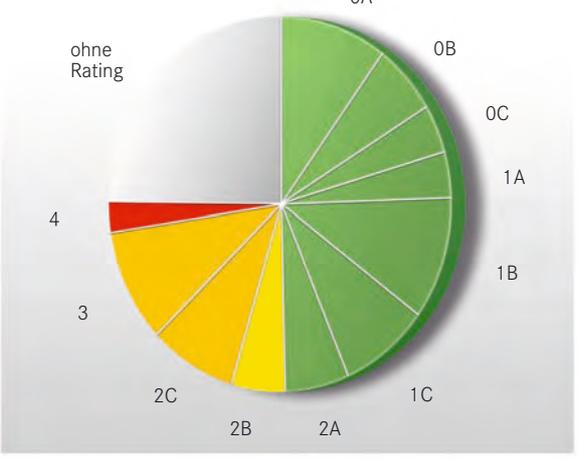
Kreditrisiken

Im Bereich „Zentrales Kreditsekretariat“ werden die Risiken aus dem Kreditgeschäft mit Kunden überwacht. Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt über die sechs zugeordneten Regionalen Kreditsekretariate und im Zusammenwirken mit den Filialen. Die von den Filialen vorgeprüften und mit einem Marktvotum ergänzten Kreditanträge der Kunden werden in den Regionalen Kreditsekretariaten bearbeitet und mit dem Votum der Marktfolge versehen. Auf der Grundlage kundenindividuell erstellter Kapitaltragfähigkeitsberechnungen, welche die bisher erbrachten bzw. prognostizierten Einkommenszahlen sowie die Verschuldung des Kunden einbeziehen, wird unter Hinzuziehung weiterer Parameter geprüft, ob der Investitionswunsch des Kunden wirtschaftlich nachhaltig tragbar erscheint. Bei dieser Prüfung ist die langjährige Erfahrung im Bereich der Heilberufe eine unabdingbare Voraussetzung, um zu einem ausgewogenen Krediturteil zu kommen. Die abschließende Entscheidung wird – abhängig vom Rating und der Größenklasse – in einer Gemeinschaftskompetenz von Markt und Marktfolge getroffen.

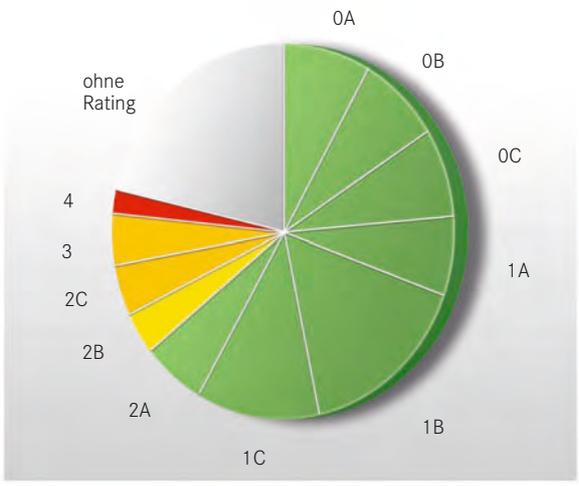
Zur Entscheidungsunterstützung wurde in den vergangenen Jahren eine DV-basierte Bonitäts-Prüfung entwickelt, die auf Basis historischer Daten und unter Einbeziehung quantitativer Modelle, die das Expertenwissen der Bank widerspiegeln, die Ausfallwahrscheinlichkeiten der Kunden ermittelt. Im Rahmen des Basel II-Projekts wurde die Bonitäts-Prüfung zu einem internen Rating weiterentwickelt. Am Ende des Jahres 2003 wurden zu den bereits eingesetzten Rating-Verfahren weitere hinzugenommen, so dass mit Ausnahme von wenigen Kreditnehmern für alle Retail-Kunden der Bank ein Rating-Verfahren verwendet wird.

Die dargestellten Grafiken zeigen die Ratingklassenverteilungen im Privatkunden-/Filialgeschäft-Portfolio auf Basis der Kreditinanspruchnahmen bzw. der Kreditnehmeranzahl zum Ende des Jahres 2003.

Volumenverteilung (in Mio. €)
Kreditanspruhen Privatkunden-/Filiengeschäft
insgesamt 16,26 Mrd. Euro



Kreditnehmerverteilung
Kreditnehmer im Privatkunden-/Filiengeschäft insgesamt 104.000



Rating-klasse	Bedeutung
0A	Bonitätsmäßig einwandfreie Engagements ohne Risikofaktoren (Normalkredit)
0B	Bonitätsmäßig gute Engagements mit einzelnen Risikofaktoren (Normalkredit)
0C	Engagements mit geringen Risiken (Normalkredit)
1A	Engagements mit erhöhten Risiken (Intensivkredit)
1B	Risikobehaftete Engagements (Problemkredit)
1C	Erhöht risikobehaftete Engagements (Problemkredit)
2A	ausgefallen (Definition Basel II)
2B	- Engagements mit einer Überziehung von über 90 Tagen
2C	- ausfallbedrohte Engagements, für die bereits im Vorjahr eine EWB gebildet wurde oder EWB-Vormerkung im laufenden Jahr (Problemkredit)
3	- ausfallbedrohte Engagements, ohne laufendes Einkommen
4	

*Kontrahenten-/
Emittentenrisiken* Bei dem Ausfallrisiko von Kontrahenten und Emittenten handelt es sich um alle Adressenausfallrisiken, die nicht unter das Kunden-Kreditgeschäft und Beteiligungen fallen. Diese Risiken werden bisher im „Risiko-Controlling“ zentral limitiert und kontrolliert. Die Steuerung der Ausfallrisiken erfolgt basierend auf der Beurteilung externer Rating-Agenturen und der aktuellen wirtschaftlichen Daten der Unternehmen. Das Risikoprofil des Portfolios mit Adressenausfallrisiken von 8.933 Mio. Euro (zum 31.12.2003) lag bis auf eine Position in Höhe von 15 Mio. Euro im Investment-Grade-Bereich. Diese Position wurde zwischenzeitlich vollständig zurückgeführt.

Ab Juli 2004 werden auch diese Risiken mit einem MaK-gerechten Prozess der Einzelfallentscheidung und Risikobeurteilung behandelt. Das marktunabhängige Risikomanagement wird der Bereich „Zentrales Kreditsekretariat“ übernehmen.

*Portfoliosteuerung
der Kreditrisiken* Im Rahmen des Basel II-Projekts entwickeln wir weitere fortgeschrittene und speziell auf die Bank zugeschnittene Methoden, um das Kreditrisiko auf Portfolioebene zu analysieren und zu steuern. Für ausgewählte Portfolios wird das Kreditrisiko-Portfoliomodell Credit-Metrics zurzeit als Steuerungsinstrument eingeführt. Die bereits eingesetzten quantitativen Verfahren und Methoden helfen, Risiko-Konzentrationen zu erkennen und gegebenenfalls abzubauen. Durch die begonnene Einführung der fortgeschrittenen Methoden werden diese Steuerungsinstrumente weiter verbessert. Im „Risiko-Controlling“ befasst sich die Gruppe „Kreditrisiko-Controlling“ speziell mit der Weiterentwicklung der Methoden zur Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene und den fortgeschrittenen Anforderungen aus Basel II.

Marktpreisrisiken Unter Marktpreisrisiko verstehen wir den potenziellen Verlust, der durch die Veränderung von Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen, Preisen und durch Volatilitäten an den Märkten für unsere Anlage-Positionen entstehen kann. Wir haben sichergestellt, dass Handelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Nur durch einen Einführungsprozess zugelassene Produkte dürfen gehandelt werden. Art, Umfang und Risiko-Potenzial der Geschäfte wird durch ein bankinternes Limit-System begrenzt. Dieses wird fortlaufend überwacht und weiterentwickelt. Bei der Festlegung der Limite wurde die bankindividuelle Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Das Dezernat „Unternehmensplanung/Treasury“ ist für die Steuerung der zinsfesten und zinsvariablen Geschäfte auf der Gesamtbankebene verantwortlich. Zu diesem Zweck werden auf der Basis und unter Annahme verschiedener Zins-Szenarien mit Hilfe entsprechender Treasury-Software umfangreiche DV-gestützte Simulationsrechnungen aufgestellt, um die Auswirkungen der Marktrisiken darzustellen, zu analysieren und geeignete Hedge-Maßnahmen mittels Einsatz von Finanzinstrumenten zur Beherrschung und Eingrenzung der Marktpreisrisiken zu treffen.

Risikoüberwachung der Adressenausfall- und Marktpreisrisiken Die Überwachung der Adressenausfall- und Marktpreisrisiken haben wir durch geeignete Verfahren sichergestellt. Die betroffenen Fachbereiche sind darüber hinaus sowohl personell als auch fachlich weiter verstärkt worden, um den aktuellen Anforderungen voll zu entsprechen.

Die Limite werden auf Basis von Sensitivitäten bezogen auf das Risikopotenzial oder als Volumenslimite vorgegeben. Die gesetzten Grenzen für Marktpreis- und Adressenausfallrisiken (Kontrahenten und Emittenten) wurden im Berichtsjahr jederzeit eingehalten.

Stichtagsbetrachtung der Limit-Ausnutzung 2003 (Maximum jeweils 100 %)

	31.03.2003	30.06.2003	30.09.2003	31.12.2003
Marktpreisrisiken				
Währungsrisiken				
- Devisen/Sorten/Edelmetalle	67,20 %	62,13 %	24,18 %	34,48 %
Zinsänderungsrisiken				
- Geldhandel	11,83 %	36,99 %	35,28 %	7,42 %
- Liquiditätsreserve	59,81 %	60,52 %	61,19 %	56,04 %
Adressenausfallrisiken				
Emittentenrisiko verbrieft	59,00 %	61,32 %	67,12 %	71,17 %
Kreditrisiko unverbrieft	34,95 %	40,88 %	35,71 %	29,92 %
Wiedereindeckungsrisiko	39,41 %	43,67 %	45,96 %	46,73 %
Abwicklungsrisiko	22,68 %	55,85 %	40,48 %	37,36 %

Länderrisiken Länderrisiken sind für die Bank von untergeordneter Bedeutung und werden ungesichert nur für Länder der EU und für die USA eingegangen.

Liquiditätsrisiken Das Liquiditätsrisiko stellt das Risiko dar, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht umfassend nachkommen zu können. Das Dezernat „Unternehmensplanung/Treasury“ ist für die Steuerung des Liquiditätsrisikos verantwortlich. Wesentliche Instrumente zur Steuerung des Liquiditätsrisikos stellen das European Medium Term Note-Program und das Commercial Paper-Program dar. Die Liquiditätsreserve der Bank wurde wie in den Vorjahren deutlich ausgebaut. Hierbei wurde durch eine gleichzeitige Diversifikation das Kreditrisiko im Portfolio optimiert.

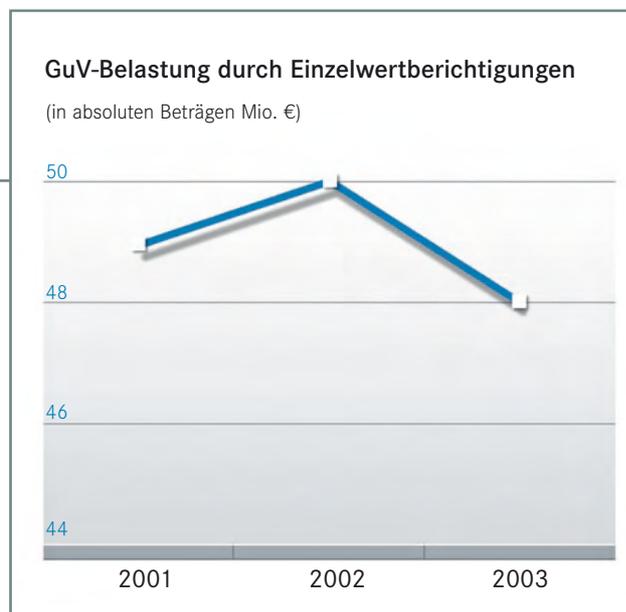
Operationelle Risiken Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Verlusten, die infolge des Versagens oder der Unangemessenheit von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse eintreten. Die im Rahmen des Projekts Basel II begonnene Einführung eines neuen Steuerungsinstrumentariums für operationelle Risiken wurde weitergeführt. Das Risiko-Controlling koordiniert den Gesamtprozess durch das

Zusammenführen der in den Geschäftsbereichen aufgetretenen Schadensfälle in einer zentralen Schadensfalldatenbank.

Beteiligungsrisiken Aufgrund der Bedeutung der strategischen Beteiligungen für die Unterstützung der Kerngeschäfte der Bank wurde das Beteiligungs-Management ausgebaut. Die verantwortlichen Fachbereiche und der Beteiligungsausschuss begleiten die Entwicklung der Beteiligungen fortlaufend und berichteten an den Vorstand. Der Aufsichtsrat und dessen Wirtschafts- und Finanzausschuss werden über die Entwicklung der Beteiligungen regelmäßig informiert und in Entscheidungen mit einbezogen.

Risikovorsorge und besondere Wie auch in den vergangenen Jahren hat die Bank zum 31. Dezember 2003 eine ausreichende Risikovorsorge für alle Kreditrisiken getroffen.

Risikoentwicklungen Die dargestellte Grafik zeigt die Entwicklung der GuV-Belastung durch Einzelwertberichtigungen seit 2001:



Im Berichtsjahr haben sich ansonsten keine besonderen Risikoentwicklungen im Kredit- oder Beteiligungsportfolio der Bank ergeben. Trotz unverminderten Wachstums konnte der Risikoaufwand durch ein konsequent verstärktes Risikomanagement stabil gehalten werden.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine wesentlichen zusätzlichen Risiken ergeben. Für das Geschäftsjahr 2004 erwarten wir ebenfalls einen stabilen Verlauf des Risikoaufwands im Kreditportfolio.

Rating

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank stellt sich seit 1998 respektive seit 1999 regelmäßig einer kritischen Bestandsaufnahme und Bonitätsbewertung durch die renommierten und weltweit anerkannten Rating-Agenturen Moody's und Standard & Poor's. Entgegen dem in der jüngeren Vergangenheit vorherrschenden allgemeinen Trend in der deutschen Kreditwirtschaft wurde das bisherige Langfrist-Rating der APO-Bank von „A2“ (Moody's) respektive „A-“ (Standard & Poor's) von beiden Rating-Agenturen im 4. Quartal 2003 erneut bestätigt – und zwar jeweils mit einem stabilen Ausblick.

Wesentliche Gründe für diese konstant gute Bonitätsbeurteilung sind die stabilen finanzwirtschaftlichen Fundamentaldaten und das gute Risikoprofil unserer Bank, die Zukunftsfähigkeit ihres fokussierten Geschäftsmodells sowie die Einbindung des Instituts in die Sicherungssysteme des deutschen Kreditgenossenschaftssektors. Die Bonitätseinschätzung der Rating-Agenturen und das Vertrauen in die langfristige Kreditwürdigkeit der Bank findet auch seinen Niederschlag in der nochmals deutlich ausgeweiteten Basis von internationalen Investoren.

Ausblick

Vorgänge mit besonderer herausgehobener wirtschaftlicher Bedeutung haben sich nach Abschluss des Berichtsjahres nicht ergeben.

*Rentabilität und
Eigenkapital im
Fokus*

Unsere Anstrengungen, die Rentabilität und Kapitalbasis der Bank an internationalen Standards auszurichten, werden mit unverminderter Intensität fortgeführt. Dabei legen wir weiterhin besonderen Wert auf die Beibehaltung der guten Aktivqualität.

*Erfolgreiche
Geschäftsent-
wicklung auch in
2004*

Der Erfolg dieser Geschäftspolitik wird im laufenden Jahr verstärkt sichtbar. So erwarten wir für das Geschäftsjahr 2004 erneut eine deutliche Zunahme des Zinsüberschusses. Grundlage dafür ist nach wie vor ein qualitätsorientiertes Wachstum im Kreditgeschäft sowie bei den damit verbundenen Cross-Selling-Produkten. Im Provisionsbereich gehen wir davon aus, dass wir das Vorjahresergebnis übertreffen werden. Auf der Kostenseite erwarten wir eine Steigerung, da wir für strategische Projekte im Rahmen von Zukunftsinvestitionen einen im Vergleich zum Vorjahr stärkeren Anstieg der Sachkosten eingeplant haben.

*Weitere Ergebnis-
verbesserung*

Unter diesen Voraussetzungen, die im Einklang mit dem Ergebnis des ersten Quartals 2004 stehen, wird das geplante Teilbetriebsergebnis vor Risikovorsorge um rund 10 % höher als im Vorjahr ausfallen und damit eine Größenordnung von knapp 230 Millionen Euro erreichen.

*Aufwandsrenta-
bilität weiter
verbessert*

Damit einher geht erneut eine Verbesserung der Aufwandsrentabilität von 59 % im Vorjahr auf 57 % im Jahr 2004. Die Zinsspanne dürfte unvermindert stabil bleiben.

<i>Stabile Risikolage</i>	Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft wird im Jahr 2004 nach den heutigen Erkenntnissen wie in den Vorjahren eine stabile Entwicklung aufweisen. Die Kernkapitalquote wird sich in diesem Szenario trotz des starken Aktiv-Wachstums auf dem erreichten Niveau des Vorjahres bewegen, zumal wir durch eine dynamische Rücklagenzuführung dazu beitragen.
<i>Gutes Prädikat für 2004 erwartet</i>	Wenn wir das Geschäftsjahr 2003 mit dem Prädikat „mehr als zufrieden stellend“ versehen, so wird diese Benotung aus heutiger Sicht sicherlich auch für das laufende Jahr 2004 gelten können.

Der Aufsichtsrat hat sich in Erfüllung seiner gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben vom Vorstand während des Geschäftsjahres regelmäßig über alle wesentlichen Vorgänge in den turnusmäßigen Sitzungen, in den Sitzungen des Personalausschusses, des Wirtschafts- und Finanzausschusses sowie des Kreditausschusses unterrichten lassen.

Dabei wurden grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik auf dem Anlage- und Kreditsektor sowie in den übrigen Dienstleistungsbereichen ebenso erörtert wie die Ertragsentwicklung und wichtige Einzelvorgänge. Besonderen Raum nahm die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Heilberufssektor in ihren Auswirkungen auf die Bank ein. Die aufgrund gesetzlicher und satzungsgemäßer Bestimmungen zur Genehmigung vorgelegten Geschäfte wurden intensiv behandelt.

Gegenstand eingehender Beratungen waren darüber hinaus die allgemeine wirtschaftliche Lage der Heilberufsangehörigen, die in diesem Zusammenhang von der Bank konzipierten Fördermaßnahmen zur Stabilisierung der finanziellen Basis ihrer Kunden sowie die Projekte und Maßnahmen im Rahmen der Reorganisation der Bank und ihrer zukünftigen strategischen Ausrichtung.

Die PwC Deutsche Revision AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – hat für den Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband e. V. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2003 durchgeführt. Nach dem erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk entsprechen sie Gesetz und Satzung. Der Aufsichtsrat hat vom Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Jahresüberschusses geprüft, für

richtig befunden und befürwortet den Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung. Der Vorschlag entspricht den Vorschriften der Satzung.

Entsprechend dem „Mitbestimmungsgesetz 1976“ wurde im Berichtsjahr ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat gewählt. Die konstituierende Sitzung des neu gewählten Aufsichtsrats fand am 27. Juni 2003 statt.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die Anwendung des „Corporate Governance Kodex der Deutschen Apotheker- und Ärztebank“ beschlossen und ihn neuen Vorgaben entsprechend angepasst. Der aktuell gültige Kodex und die gemeinsame Entschänerklärung von Vorstand und Aufsichtsrat sind in diesem Geschäftsbericht wiedergegeben.

Aus dem Aufsichtsratsrat scheidet nach § 24 Abs. 8 der Satzung in diesem Jahr aus:

Dr. med. Ulrich Oesingmann

Eine Wiederwahl ist möglich.

Der Sprecher des Vorstands, Herr Diplom-Betriebswirt Werner Wimmer, scheidet nach Erreichen der Altersgrenze am 30. Juni 2004 aus dem Vorstand aus. Der Aufsichtsrat nimmt den bevorstehenden Eintritt in den Ruhestand zum Anlass, Herrn Wimmer auch an dieser Stelle für sein großes Engagement im Sinne der stetigen Weiterentwicklung unserer Bank sehr herzlich zu danken.

Insbesondere liegt dem Aufsichtsrat daran, die Leistung von Herrn Wimmer als Sprecher des Vorstands zu würdigen. Durch seinen Einfluss auf die getroffenen Entscheidungen hat er dazu beigetragen, die Bank auf die Anforderungen in einer sich wandelnden Bankenlandschaft vorzubereiten.

Er hat sich in den fast 40 Jahren seines verdienstvollen Wirkens, davon mehr als 20 Jahre in Vorstandsverantwortung, in hohem Maße um den Erfolg dieses Instituts verdient gemacht.

Düsseldorf, im Mai 2004

Der Aufsichtsrat

Dr. med. dent. Wilhelm Osing
Vorsitzender

Jahresabschluss 2003

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Aktivseite

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			20.866.812,96		19.812
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			100.023.358,17		91.029
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	100.023.358,17				(91.029)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	120.890.171,13	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			153.794.654,94		88.649
b) andere Forderungen			1.176.236.563,74	1.330.031.218,68	1.423.531
4. Forderungen an Kunden				16.837.222.063,76	15.311.397
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.555.488.131,75				(2.299.944)
Kommunalkredite	249.663.525,88				(202.620)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		1.467.291.359,30	1.467.291.359,30		871.021
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		100.304.975,65			113.493
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	100.304.975,65				(113.493)
bb) von anderen Emittenten		3.426.351.589,84	3.526.656.565,49		2.856.245
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2177.076.194,84				(1.818.469)
c) eigene Schuldverschreibungen			99.802.148,75	5.093.750.073,54	107.673
Nennbetrag	97.177.211,34				(105.364)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				1.309.738.364,29	1.330.786
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			7.360.957,33		3.594
darunter: an Kreditinstituten	277.406,64				(222)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			6.248.794,13	13.609.751,46	6.254
darunter: bei Kreditgenossenschaften	6.240.102,26				(6.240)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				47.765.803,47	45.514
darunter: an Kreditinstituten	3.599.733,82				(3.600)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.292.236,21				(1.292)
9. Treuhandvermögen				2.899.697,87	3.033
darunter: Treuhandkredite	162.177,24				(295)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				0,00	0
12. Sachanlagen				209.696.325,10	181.116
13. Sonstige Vermögensgegenstände				569.769.751,23	391.800
14. Rechnungsabgrenzungsposten				61.074.900,82	52.902
Summe der Aktiva				25.596.448.121,35	22.897.849

Passivseite

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			1.063.250.793,80		751.868
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			5.103.229.966,70	6.166.480.760,50	4.398.501
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		247.306.928,63			243.524
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		295.913.613,21	543.220.541,84		359.690
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		4.132.815.538,18			3.372.961
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.399.677.034,63	9.532.492.572,81	10.075.713.114,65	5.385.838
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			6.891.556.898,85		6.409.068
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00	6.891.556.898,85	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
				2.899.697,87	3.033
4. Treuhandverbindlichkeiten					
darunter: Treuhandkredite	162.177,24				(295)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				263.176.141,50	207.027
6. Rechnungsabgrenzungsposten				103.633.269,41	92.347
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			72.800.238,00		63.037
b) Steuerrückstellungen			25.456.904,00		8.975
c) andere Rückstellungen			19.928.754,95	118.185.896,95	21.270
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				237.804.232,13	217.252
10. Genusssrechtskapital				379.968.427,72	349.968
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	112.484.213,86				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				42.000.000,00	42.000
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			804.452.719,80		507.513
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		219.221.584,96			202.471
cb) andere Ergebnisrücklagen		219.732.876,83	438.954.461,79		202.983
d) Bilanzgewinn			71.622.500,18	1.315.029.681,77	58.523
Summe der Passiva				25.596.448.121,35	22.897.849
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		278.205.085,24			254.981
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	278.205.085,24		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		1.112.234.842,48	1.112.234.842,48		809.214

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2003 bis 31.12.2003	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		953.942.942,08			954.214
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		140.226.519,95	1.094.169.462,03		176.039
2. Zinsaufwendungen			727.366.026,86	366.803.435,17	773.393
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			31.941.596,54		2.379
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			471.363,85		1.651
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			161.056,94	32.574.017,33	143
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	0
5. Provisionserträge			118.225.297,40		102.403
6. Provisionsaufwendungen			38.118.850,14	80.106.447,26	22.145
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften				8.952.668,76	5.390
8. Sonstige betriebliche Erträge				10.448.836,79	12.265
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		114.370.835,81			109.888
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		27.857.714,15	142.228.549,96		20.770
darunter: für Altersversorgung	9.293.937,86				(4.974)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			124.708.283,93	266.936.833,89	121.713
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				16.333.216,42	15.304
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				11.807.423,49	13.830
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			53.417.042,20		63.382
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	-53.417.042,20	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			5.532.630,19		4.011
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			504.734,37	-5.027.895,82	40.030
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				145.362.993,49	150.078
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			73.398.991,69		49.201
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			353.610,89	73.752.602,58	367
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				0,00	42.000
25. Jahresüberschuss				71.610.390,91	58.510
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				12.109,27	13
				71.622.500,18	58.523
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus anderen Rücklagen			0,00	0,00	0
				71.622.500,18	58.523
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in andere Ergebnisrücklagen			0,00	0,00	0
29. Bilanzgewinn				71.622.500,18	58.523

A. Allgemeine Angaben

- Keine Bemerkungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert oder den Anschaffungskosten angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem Auszahlungsbetrag passiv abgegrenzt wurde. Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen gedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde unter Berücksichtigung der steuerlichen Richtlinien eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute wurde zusätzliche Vorsorge getroffen.

Die gesamten Wertpapiere haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. In Verbindung mit Zinsswapgeschäften angeschaffte Wertpapiere wurden mit diesen zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere mit einem Nominalvolumen von € 1,6 Mrd. durch Asset-Swaps abgesichert.

Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von € 503.452 waren für nicht mehr benötigte Büro- und Geschäftsausstattung der Hauptverwaltung erforderlich.

Die Abschreibungen wurden bei Gebäuden linear über die Nutzungsdauer bzw. mit fallenden Staffelsätzen, beim beweglichen Sachanlagevermögen linear über die Nutzungsdauer vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter i. S. des § 6 Abs. 2 EStG wurden voll abgeschrieben.

Die Verbindlichkeiten wurden grundsätzlich zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag passiviert. Unterschiedsbeträge zwischen dem niedrigeren Ausgabebetrag und dem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten wurden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und periodengerecht aufgelöst. Abgezinsten Sparbriefe und Schuldverschreibungen wurden zum Barwert ausgewiesen.

Für alle laufenden Pensionen und Pensionsanwartschaften haben wir nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung des steuerlichen Zinssatzes Rückstellungen berechnet.

Auch für die übrigen ungewissen Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

- Posten, denen Beträge zugrunde liegen, die auf fremde Währung lauten oder ursprünglich auf fremde Währung lauteten, wurden in EURO wie folgt umgerechnet:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden mit den historischen Anschaffungskursen bewertet.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte haben wir grundsätzlich mit dem Kassamittelkurs umgerechnet. Für die Umrechnung nicht abgewickelter Termingeschäfte haben wir den Terminkurs am Bilanzstichtag herangezogen. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung wurden vereinnahmt.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2003 (volle EURO)

	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten	Zugänge	Zuschreibungen	Umbuchungen (+ / -)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Abschreibungen (kumuliert)	Buchwert am Bilanzstichtag	Abschreibungen Geschäftsjahr
	€	€	des Geschäftsjahres		€	€	€	€
Immaterielle Anlagewerte	0	0	0	0	a) 0 b) 0	0	0	0
Sachanlagen:								
a) Grundstücke und Gebäude	218.572.837	40.697.958	0	10.113	a) 9.289.641 b) 0	69.568.150	180.423.117	4.470.842
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	107.409.078	10.210.601	0	-10.113	a) 6.068.404 b) 0	82.267.954	29.273.208	11.862.374
a.	325.981.915	50.908.559	0	0	15.358.045	151.836.104	209.696.325	16.333.216

	Anschaffungs- kosten	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	€	€	€
Wertpapiere des Anlagevermögens	17.520.555	-5.298.423	12.222.132
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	9.847.839	3.761.912	13.609.751
Anteile an verbundenen Unternehmen	45.514.293	2.251.511	47.765.804
b.	72.882.687	715.000	73.597.687
Summe a und b	398.864.602		283.294.012

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind € 65.377.797 Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten (Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:
(Vorjahreszahlen in Klammern)

	Zinsab- abgrenzung	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	€	€	€	€	€
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	302.818.761 (204.407.811)	623.125.796 (1.040.048.473)	191.662.819 (105.445.000)	56.129.188 (51.129.188)	2.500.000 (22.500.000)
Forderungen an Kunden (A 4)	1.657.722 (3.004.168)	338.742.409 (330.968.624)	573.806.149 (601.056.374)	4.003.800.216 (3.463.987.145)	9.643.673.022 (8.756.317.024)

- In den Forderungen an Kunden (A 4) sind € 2.275.542.546 (Vorjahr: € 2.156.063.627) Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.
- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr € 1.873.072.456 (Vorjahr: € 1.090.106.380) fällig.
- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an			
	verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€	€	€
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	0	0	171.150.043	165.176.473
Forderungen an Kunden (A 4)	3.413.294	2.560.423	58.252.880	60.586.284
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	0	0	0	0

- In folgenden Posten sind enthalten:
(Vorjahreszahlen in Klammern)

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsen- notiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	€	€	€	€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	5.093.750.074 (3.948.431.866)	3.566.787.333 (3.334.600.267)	1.526.962.741 (613.831.599)	0 (0)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	1.536.031 (9.005.384)	1.536.031 (9.005.384)	(0) (0)	0 (4.911.255)
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	2.595.006 (2.595.006)	2.481.828 (2.481.828)	113.178 (113.178)	
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	

- Die Genossenschaft besitzt Kapitalanteile in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Eine entsprechende Aufstellung ist beim Amtsgericht – Genossenschaftsregister – Mühlenstraße 34, 40213 Düsseldorf, hinterlegt und kann dort eingesehen werden.

Ein Konzernabschluss wurde im Hinblick auf § 296 Abs. 2 HGB nicht aufgestellt, weil die Unternehmen insgesamt für die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind.

- Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten, bestanden wie folgt:

Treuhand Hannover GmbH, Steuerberatungsgesellschaft

DAPO International Finance N.V., Amsterdam

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen Treuhandkredite über € 162.177 und treuhänderisch gehaltene Gesellschaftseinlagen von € 2.737.521.

- Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	173.026.980
	29.273.208

- Die im Jahresabschluss 2002 unter sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesene Prämie für ausgeübte Swaptions (T€ 21.012) wurde im Jahresabschluss 2003 unter der Bilanzposition Rechnungsabgrenzungsposten (mit T€ 241) bilanziert.

- Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende Beträge größeren Umfangs enthalten:

Aktiverte Prämien aus Optionen	€
	544.979.166

- In den Rechnungsabgrenzungsposten sind € 59.306.588 Disagioträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten enthalten.
- Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von € 120.000.000 übertragen. Der für die Übertragung erhaltene Betrag wurde passiviert.
- Nachrangige Vermögensgegenstände sind in den Posten „Forderungen an Kreditinstitute“ (€ 51.129.188), „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ (€ 790.681) mit insgesamt € 51.919.869 (Vorjahr: € 69.906.128) enthalten.
- In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von € 91.828.288 enthalten.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind € 261.938.486 Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten (Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

(Vorjahreszahlen in Klammern)	Zinsab-	bis drei	mehr als drei	mehr als ein Jahr	mehr als fünf
	grenzung	Monate	Monate bis ein	bis fünf Jahre	Jahre
	€	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	260.437.130 (246.319.080)	498.493.082 (443.035.309)	351.952.211 (282.705.795)	1.939.807.399 (1.569.464.596)	2.052.540.145 (1.856.976.831)
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	0 (0)	121.549.298 (152.063.367)	123.458.229 (150.745.370)	48.909.164 (51.983.534)	1.996.922 (4.897.241)
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	58.570.408 (64.391.781)	2.637.862.536 (2.859.156.667)	130.099.907 (383.416.541)	1.581.801.465 (1.032.326.263)	991.342.719 (1.046.546.453)
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten (P 3b)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)

Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr € 2.535.091.110 (Vorjahr: € 1.668.720.366) fällig.

- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	€
Passivierte Prämien aus Optionen	203.411.295
Zinsen, Genussscheine und Einlagen stiller Gesellschafter	28.243.515

- Im Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, über € 98.199.624 enthalten.

- Angaben zu Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten):

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von € 12.059.790 an.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen.

Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Die Laufzeit dieser Verbindlichkeiten beträgt 8, 10 und 25 Jahre.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit folgenden Zinssätzen ausgestattet:

Nachrangige Inhaberschuldverschreibungen variabel mit 6 Monats-Libor zuzüglich 0,4 % bis 0,6 % und mit 6 Monats-Euribor zuzüglich 1 % sowie mit Festzinssatz von 5,2 % und 5,3 %.

Nachrangige Schuldscheindarlehen mit Festzinssätzen von 4,76 % bis 7,55 %.

Im Berichtsjahr wurden nachrangige Inhaberschuldverschreibungen im Nominalbetrag von insgesamt € 20.000.000,- neu begeben.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber				€
	verbundenen Unternehmen Geschäftsjahr	verbundenen Unternehmen Vorjahr	Beteiligungsunternehmen Geschäftsjahr	Beteiligungsunternehmen Vorjahr	
	€	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	1.257.986	883.643	631.561.220	191.180.639	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	824.669.064	525.246.874	33.345.389	30.321.426	
verbrieftete Verbindlichkeiten (P 3)	65.649	2.077.349	207.060.602	212.983.318	
nachrangige Verbindlichkeiten (P 9)	0	0	0	0	

- In den Verbindlichkeiten sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von € 1.062.967.381 enthalten.

- Die unter Passivposten 12a „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	€
Einlagen stiller Gesellschafter	150.000.000
Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	645.268.300
b) der ausscheidenden Mitglieder	8.499.252
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	685.168
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	€ 21.817.891

- Die Ergebnisrücklagen (P 12c) haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	andere Ergebnisrücklagen
	€	€
Stand 01.01.2003	202.471.585	202.982.877
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	16.750.000	16.750.000
Einstellungen aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	0	0
Entnahmen	0	0
Stand 31.12.2003	219.221.585	219.732.877

- Dem haftenden Eigenkapital per 31.12.2003 wurden gemäß § 10 Abs. 4a KWG nicht realisierte Reserven in Höhe von € 17.347.280 zugerechnet.

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Termingeschäfte, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31.12.2003 auf € 57.876 Mio. (Vorjahr: € 51.635 Mio.). Darin enthalten sind folgende Geschäftsarten:

Zinsswaps
 Zins-/Währungsswaps
 Währungsswaps
 Caps
 Swap-Optionen
 Forward Rate Agreements
 Devisentermingeschäfte
 Index-Optionen.

Diese Termingeschäfte mit Zins-, Wechselkurs- und Marktpreisrisikowankungen werden nahezu ausschließlich zur Deckung von Positionen abgeschlossen.

Nachstehend sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert. Entsprechend den international üblichen Usancen werden die Nominalvolumina ausgewiesen, die aber nicht mit dem Ausfallrisikobetrag gleichgesetzt werden dürfen.

in Mio. €	Nominalwert		Marktwert		Kreditäquivalent	
	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002
Zinsrisiken						
Restlaufzeiten						
- bis 1 Jahr	26.062	25.831	157	161	157	162
- 1 bis 5 Jahre	21.052	15.959	519	381	563	425
- über 5 Jahre	8.370	8.020	276	213	397	328
	55.484	49.810	952	755	1.117	915
Währungsrisiken						
Restlaufzeiten						
- bis 1 Jahr	1.852	898	25	18	43	23
- 1 bis 5 Jahre	312	812	6	27	22	68
- über 5 Jahre	0	0	0	0	0	0
	2.164	1.710	31	45	65	91
Aktien u. so. Preisrisiken						
Restlaufzeiten						
- bis 1 Jahr	228	101	1	2	11	7
- 1 bis 5 Jahre	0	14	0	0	0	1
- über 5 Jahre	0	0	0	0	0	0
	228	115	1	2	11	8
Summe - insgesamt -	57.876	51.635	984	802	1.193	1.014

Der nominelle Betrag der dem Handelsbestand zugeordneten Derivate beträgt zum 31.12.2003 € 3.304 Mio., mit einem Marktwert von € 6 Mio. und einem Kreditäquivalent von € 6 Mio.

- Von den Verbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen (incl. Eurex und Clearinggeschäfte) gesichert: €
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 2.376.810.486

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Die Erträge der Bank wurden überwiegend im Inland erzielt.
- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf € 2.519.273; der erfolgsabhängige Anteil der angegebenen Gesamtvergütung beträgt 38 %.
- Die Gesamtbezüge der Aufsichtsratsmitglieder betragen € 322.664, die sich wie folgt aufteilen:
Jahresvergütung € 211.500; Sitzungsgelder € 33.750; Ausfallgelder € 69.300; Tagegelder € 8.114.
- Die Gesamtbezüge der früheren Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich auf € 769.442.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen zum 31.12.2003 Pensionsrückstellungen in Höhe von € 8.384.536.

• Am Bilanzstichtag betragen die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für	€
Mitglieder des Vorstands	1.622.254
Mitglieder des Aufsichtsrats	10.523.307

- Im Geschäftsjahr wurden von Mitgliedern des Vorstands Mandate in Aufsichtsratsgremien bzw. vergleichbarer Gremien folgender Kapitalgesellschaften i. S. d. § 267 (3) HGB oder vergleichbarer Organisationen wahrgenommen:

ARZ Apotheken-Rechenzentrum GmbH, Darmstadt
 Apothekerversorgung als Einrichtung der Apothekerkammer Mecklenburg-Vorpommern KdöR, Schwerin
 Bank für Wirtschaft und freie Berufe AG, Wien
 Betriebskrankenkasse für Heilberufe KdöR, Düsseldorf
 DAPO International Finance N.V., Amsterdam
 Deutsche Ärzte Finanz Beratungs- und Vermittlungs-AG, Köln
 Deutsche Ärzteversicherung AG, Köln
 Treuhand Hannover GmbH, Steuerberatungsgesellschaft
 ZA Zahnärztliche Abrechnungsgesellschaft Düsseldorf AG, Düsseldorf
 ZA Zahnärztliche Abrechnungsgesellschaft eG, Düsseldorf

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von € 75.828.928.

Haftsummenverpflichtungen aus der Übernahme von Geschäftsanteilen	€
bei Genossenschaften	12.480.884
Garantieverpflichtung gegenüber der Sicherungseinrichtung des BVR	63.348.044

- Die Zahl der 2003 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	1.775	107
Gewerbliche Mitarbeiter	19	0
Gesamt	1.794	107

Außerdem wurden durchschnittlich 48 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen €
Anfang 2003	93.634	364.918	547.377.000
Zugang 2003	6.025	91.860	137.790.000
Abgang 2003	2.227	10.261	15.391.500
Ende 2003	97.432	446.517	669.775.500

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	€ 149.180.501
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	€ 122.398.500
Höhe des Geschäftsanteils € 1.500, Höhe der Haftsumme € 1.500	

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

RWGV
 Rheinisch-Westfälischer
 Genossenschaftsverband e. V.
 Mecklenbecker Straße 235-239
 48163 Münster

Mitglieder des Vorstands (Vor- und Zuname)

Werner Wimmer, *Bankvorstand, Sprecher*
Gerhard K. Girner, *Bankvorstand*
Jürgen Helf, *Bankvorstand*
Günther Herion, *Bankvorstand (ab 01.04.2003)*
Günter Preuß, *Bankvorstand*
Werner Albert Schuster, *Bankvorstand*

Mitglieder des Aufsichtsrats (Vor- und Zuname)

Dr. med. dent. Wilhelm Osing, *Vorsitzender, Zahnarzt*
Norbert Hinke*, *stv. Vorsitzender, Bankangestellter*
Ralf Baumann* (ab 27.06.03), *Bankangestellter*
Dr. med. dent. Wilfried Beckmann (bis 27.06.03), *Zahnarzt*
Berthold Bisping** (ab 27.06.03), *Bankangestellter*
Dr. med. dent. Dieter Dahlmann (ab 27.06.03), *Zahnarzt*
Dr. med. dent. Wolfgang Eber (ab 27.06.03), *Zahnarzt*
Wolfgang Fischer* (bis 26.06.03), *Bankangestellter*
Hans-Günter Friese, *Apotheker*
Wolfgang Häck*, *Bankangestellter*
Thomas Höll* (ab 27.06.03), *Bankangestellter*
Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe, *Arzt*
Uschi Jaeckel* (ab 27.06.03), *Gewerkschaftssekretärin*
Britta Jansen*, *Bankangestellte*
Hermann-Stefan Keller, *Apotheker*
Dr. med. dent. Hans-Hermann Liepe (bis 27.06.03), *Zahnarzt*
Heidi Methner* (bis 27.06.03), *Bankangestellte*

Dr. med. Ulrich Oesingmann, *Arzt*
Gerhard Reichert, *Apotheker*
Dr. med. dent. Bernhard Reilmann (bis 27.06.03), *Zahnarzt*
Dr. med. Manfred Richter-Reichhelm, *Arzt*
Dr. med. Wolf-Rüdiger Rudat (bis 27.06.03), *Arzt*
SR Peter Saueremann (bis 27.06.03), *Arzt*
Christian Scherer*, *Bankangestellter*
PhR Dr. rer. nat. Hartmut Schmall (bis 27.06.03), *Apotheker*
Michael Sell*, *Bankangestellter*
Heike Vocke* (bis 27.06.03), *Bankangestellte*
Roland Wark* (ab 27.06.03), *Bankangestellter*
Dr. med. Wolfgang Wesiack, *Arzt*
Dr. med. dent. Fritz-Josef Willmes (bis 27.06.03), *Zahnarzt*
OPhR Dr. rer. nat. Helmut Wittig (bis 27.06.03), *Apotheker*

* von den Arbeitnehmern gewählt
** Vertreter der ltd. Angestellten

Düsseldorf, den 26. Februar 2004
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG
Der Vorstand

Wimmer

Girner

Helf

Herion

Preuß

Schuster

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Genossenschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IdW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Genossenschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Genossenschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 28. Mai 2004

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Erner, Wirtschaftsprüfer

ppa. Koschwitz, Wirtschaftsprüfer

Kurzbilanz

Die Kurzbilanz der Deutschen Apotheker- und Ärztebank (zum 31.12.2004)

APO-Bank baut Marktposition weiter aus

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank hat das Geschäftsjahr 2004 erfolgreich abgeschlossen: Die Ausweitung der Kundenzahl um 14.500 auf 277.500 bildete die Basis für das anhaltend stabile Wachstum und war eine der Grundlagen für erneute Ertragsverbesserungen. Die Position als Nummer eins der Finanzdienstleister im Heilberufssektor wurde auf diese Weise weiter gefestigt.

Die Bilanzsumme der größten deutschen genossenschaftlichen Primärbank erhöhte sich 2004 im Vergleich zum Vorjahresabschluss um 6,9 Prozent auf 27,35 Milliarden Euro. Träger des Wachstums war wiederum das Kreditgeschäft: Die Nachfrage nach Darlehen zur Existenzgründung und Immobilienfinanzierung sowie für sonstige Investitionen führte zu einer Expansion der Kundenkredite um 8,1 Prozent auf 18,2 Milliarden Euro. Auf der anderen Seite der Bilanz nahmen die Kundeneinlagen um 8,4 Prozent zu und erreichten 18,4 Milliarden Euro.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Anstieg des Jahresüberschusses um 18 Millionen auf 89,6 Millionen Euro aus. Die Verbesserung beruht wesentlich auf der Zunahme des Zinsüberschusses um 46,8 Millionen auf 446,2 Millionen Euro. Dies ist vornehmlich auf das lebhaftes Neugeschäft zurückzuführen, wie die nahezu unveränderte Zinsspanne von 1,68 % (2003: 1,64 %) deutlich macht. Beim Anstieg des Provisionsüberschusses um 10,6 Millionen auf 90,7 Millionen Euro kam neben der Vermittlung von Lebensversicherungen vor allem das kräftig ausgeweitete klassische Wertpapiergeschäft zum Tragen. Der Verwaltungsaufwand stieg – vor allem aufgrund zukunftsorientierter Projekte – um 26,6 Millionen auf 309,9 Millionen Euro. Dass diese Kostenentwicklung angemessen ist, wird durch die erreichte weitere Verbesserung der Aufwandsrentabilität belegt.

Das zufrieden stellende Geschäftsergebnis versetzt die Bank in die Lage, eine adäquate Risikovorsorge zu treffen, ihr Eigenkapital weiter zu stärken und auch für das Geschäftsjahr 2004 eine unverändert hohe Dividende an die Mitglieder auszuschütten.

Deutsche Apotheker- und Ärztebank

Kurzbilanz zum 31.12.2004

Aktiva	31.12.2003 Mio €	31.12.2004* Mio €	Veränder. %
Bankguthaben	1.430	1.808	+ 26,4
Wertpapiere	6.403	6.218	- 2,9
Forderungen an Kunden	16.837	18.208	+ 8,1
Anlagen und Beteiligungen	271	280	+ 3,3
Sonstige Aktiva	655	836	+ 27,6
Bilanzsumme	25.596	27.350	+ 6,9

Passiva	31.12.2003 Mio €	31.12.2004* Mio €	Veränder. %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.166	6.016	- 2,4
Kundeneinlagen	16.967	18.397	+ 8,4
(darunter Spareinlagen, Sparbriefe und Inhaberschuldverschreibungen)	(7.435)	(8.022)	(+ 7,9)
Eigenkapital/ sonstige Passiva	2.463	2.937	+ 19,2
(nachrichtlich: haftendes Eigenkapital)	(2.110)	(2.410)	(+ 14,2)
Bilanzsumme	25.596	27.350	+ 6,9
Bürgschaften	278	304	+ 9,4

Vergleich von GuV-Positionen

	31.12.2003 Mio €	31.12.2004* Mio €	Veränder. %
Zinsüberschuss	399	446	+ 11,8
Provisionsüberschuss	80	91	+ 13,8
Verwaltungsaufwand	-283	-310	+ 9,5
Saldo Sonstiges	-124	-137	+ 10,5
Jahresüberschuss nach Steuern	72	90	+ 25,0

* Diese Zahlen sind vorläufig und nicht testiert.

Geschäftsgang und Aussichten

Bilanz zum 31. Dezember 2003

und Status zum 30. September 2004*

	<u>30.09.2004*</u>	<u>31.12.2003</u>
	- in Mio. EUR -	
Aktiva		
1. Forderungen an Kreditinstitute	1.682	1.430
2. Wertpapiere (inkl. Schuldverschreibungen)	6.574	6.403
3. Forderungen an Kunden	18.040	16.837
4. Anlagen und Beteiligungen	276	271
davon:		
Sachanlagen	214	210
Beteiligungen	62	61
5. Sonstige Aktiva	<u>833</u>	<u>655</u>
Summe der Aktiva	<u>27.404</u> =====	<u>25.596</u> =====
Passiva		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.968	6.166
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern (inkl. Schuldverschreibungen).....	18.453	16.967
3. Nachrangige Verbindlichkeiten.....	335	238
4. Genusssrechtskapital.....	380	380
5. Fonds für allgemeine Bankrisiken.....	42	42
6. Gezeichnetes Kapital.....	903	804
7. Kapital- und Ergebnisrücklagen.....	476	439
8. Sonstige Passiva	<u>847</u>	<u>560</u>
Summe der Passiva	<u>27.404</u> =====	<u>25.596</u> =====

* nicht testiert

Ertragslage der Deutschen Apotheker- und Ärztebank zum 30. September 2004

Die Ertragslage der Bank kann mit dem Prädikat „mehr als zufrieden stellend“ beurteilt werden.

Der Zinsüberschuss per 30.09.2004 beträgt 334,0 Mio. € (⁹/₁₂ 2003: 299,6 Mio. €). Der Anstieg der Kundenkredite trägt wesentlich zu dieser positiven Entwicklung bei.

Der Provisionsüberschuss per 30.09.2004 macht 63,4 Mio. € aus (⁹/₁₂ 2003: 60,0 Mio. €) und resultiert insbesondere aus dem klassischen Wertpapiergeschäft mit unseren Kunden sowie aus Provisionen im Kreditbereich und für die Vermittlung von Lebensversicherungen.

Der Verwaltungsaufwand per 30.09.2004 beläuft sich auf 229,3 Mio. €

(⁹/₁₂ 2003: 212,4 Mio. €).

Das Teilbetriebsergebnis vor Risikovorsorge beträgt per 30.09.2004 174,1 Mio. €

(⁹/₁₂ 2003: 152,9 Mio. €).

Die Steueraufwendungen entsprechen der Gewinnentwicklung.

Die positive Gesamtentwicklung der Bank setzt sich grundsätzlich fort. So erwarten wir für das Geschäftsjahr 2005 erneut eine deutliche Zunahme des Zinsüberschusses. Grundlage dafür ist nach wie vor ein qualitätsorientiertes Wachstum im Kreditgeschäft sowie bei den damit verbundenen Cross-Selling-Produkten. Im Provisionsbereich gehen wir davon aus, dass wir das überdurchschnittlich gute Vorjahresergebnis nochmals übertreffen werden. Auf der Kostenseite erwarten wir eine moderate Steigerung, da wir das Budget für strategische Projekte im Rahmen von Zukunftsinvestitionen nochmals aufgestockt haben.

Unter diesen Voraussetzungen wächst das Teilbetriebsergebnis vor Risikovorsorge erneut um mehr als 10 % gegenüber 2004. Damit einher geht eine Verbesserung der Aufwandsrentabilität sowie eine nahezu unveränderte Zinsspanne.

Auf Basis der vorläufigen Geschäftszahlen erwarten wir für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 2005 wie in den Vorjahren eine stabile, dem Kreditwachstum entsprechende Entwicklung. Die Kernkapitalquote wird sich in diesem Szenario trotz des starken Aktiv-Wachstums im wesentlichen auf dem Niveau des Vorjahres bewegen, wozu auch eine dynamische Rücklagenzuführung beiträgt.

Düsseldorf, im Februar 2005

Deutsche Apotheker und Ärztebank eG

Aufgrund des vorstehenden Unternehmensberichts
sind
EUR 80.000.000,--
APO-Bank-Genuss-Scheine Tranche XVI/04
von 2004/2014
WKN 803 880
(ISIN DE0008038803)
der Deutschen Apotheker- und Ärztebank eG
zum Regelten Markt
an der Börse Düsseldorf zugelassen worden.

Düsseldorf, im April 2005

Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG